

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Porto, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Erscheint wöchentlich freitags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, bei unzeitigen Werten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Halberstadt, Dampflag 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H., Bernauerstr. für Politik u. Wirtschaft, Kurtz Markt 10, für den lokalen Teil Weißgüter-Kindermarkt, für Bekleidung u. Unterhaltungsartikel, für den Fernverkehr, für den Fernverkehr, für den Fernverkehr.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei der Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Stellen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dampflag 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 2000, Magdeburg, 4636 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 97

Montag, den 27. April 1931

6. Jahrgang

Zum 1. Mai.

Ein harter Notwinter liegt hinter uns. Der Frühling zeigt nur geringe Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung.

Die Massennot der Millionen, die unfreiwillig ihre fleißigen Hände feiern lassen müssen, ist die fürchterlichste Anklage, die je gegen die „Ordnung“ der kapitalistischen Gesellschaft gerichtet wurde. Das Schicksal der Erwerblosen schreit geradezu nach Beseitigung der anarchischen Profitwirtschaft, nach Verkürzung der Arbeitszeit.

Jahrzehntlang haben wir am 1. Mai für den Achtstundentag demonstriert. Heute ist das kapitalistische System, das sich hartnäckig unseren Forderungen widersetzt, nicht mehr in stande, allen arbeitsbereiten Volksgenossen auch nur für acht Stunden Arbeit zu beschaffen.

Darum kämpfen wir jetzt für die

40-Stunden-Woche

Die wirtschaftlichen Organisationen des Kapitals und seine politischen Parteien setzen ihre Machtmittel ein, um jedem sozialistischen Werden den Weg zu veranlassen. Sie verdammten den demokratischen Staat, sie hassen seinen sozialen Ausbau.

Die reaktionären Kreise um Hugenberg und ihre Helfershelfer um Hitler wollen die Aufrichtung einer faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse. Der soziale Kurs soll abgebrochen, das arbeitende Volk wieder erniedrigt werden.

Die Sozialdemokratie, die national und international mit wachsendem Erfolg die faschistischen Mächte und Gefahren bekämpft, die der Republik Spanien ihre Glückwünsche übersandte und den Sturz der hakenkreuzerischen Herrschaft in Thüringen mit Genugtuung begrüßte, ruft zu neuen Kämpfen auf. Jedem denkenden Arbeiter, Angestellten und Beamten muß sich in die Front der Sozialdemokratie einreihen:

zum Kampf für die Erhaltung der Demokratie, für den sozialen Fortschritt zur Abwehr der faschistischen Machtbestrebungen und der vom Faschismus heraufbeschworenen Kriegsgefahren

Im Zeichen dieses Kampfes feiert das arbeitende Volk Deutschlands den 1. Mai 1931.

Die Massenbeteiligung aller Schaffenden an den Maifeiern bietet eine gute Gelegenheit neue Kämpfer zu werben unter der Parole:

Wo bleibt der zweite Mann?

In Stadt und Land, überall wo Maifeiernde sich zusammenfinden, frage jeder seinen Nebenmann: Bist du Mitglied der Partei? Bist du Leser der Parteizeitung? Erfüllst du deine Pflicht als Arbeitsbruder?

Wir brauchen sie alle, die Klassengenossen, zum Kampf für Demokratie, Sozialismus und Weltfrieden!

Darum sei der 1. Mai 1931 nicht nur ein Tag der sozialdemokratischen Heerschau, er sei auch ein Tag der Rüstung für neue Aktionen gegen die reaktionären Volksfeinde und Volksverderber.

Genossen! Genossen! Sorgt dafür, daß der 1. Mai überall zu einer gewaltigen Kundgebung wird, daß ein noch stärkerer Kampfeswille die Reihen der Arbeiter beseelt, zur Überwindung aller reaktionären Gewalten.

Es lebe die Sozialistische Arbeiterinternationale!
Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Berlin, den 27. April 1931.

Der Parteivorstand.

Hereinfall in Lippe.

Der daneben gegangene Volksentscheid.

Detmold, 27. April. (Gf.) Der am Sonntag in Lippe durchgeführte Volksentscheid zur Auflösung des Landtages von Lippe endete mit einer Niederlage der Nationalsozialisten und Rechtsparteien.

Um den Volksentscheid durchzuführen, war die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Wähler, das sind 54.000 Stimmen, erforderlich. Erreicht wurden nach den bisher vorliegenden Ergebnissen — die Ziffern aus einigen kleineren Dörfern liegen noch aus — rund 28.000 Ja-Stimmen, während die dem Volksentscheid veranlassenden linken Parteien es bei den letzten Reichstagswahlen auf 46.500 Stimmen brachten. Am Sonntag wurden für die Auflösung des Landtages einschließlich der noch ausstehenden Ziffern rund 30.000 Ja-Stimmen erreicht, also 24.000 weniger als zum Erfolg notwendig waren und als seine Befürworter erhofft hatten.

Es ist übrigens charakteristisch, daß bei dem Volksentscheid nicht einmal die zum Volksbegehren zur Auflösung des lippschen Landtages abgegebenen 38.000 Stimmen erreicht wurden.

Otto Braun zur Parteitaktik.

Auf dem ostpreussischen Bezirks-Parteitag.

Königsberg, 27. April. (Gf.) Anlässlich des Bezirksparteitages der ostpreussischen Sozialdemokratie wählte der preussische Ministerpräsident Braun in seinem ostpreussischen Wahlkreis. Er nahm jedoch in einer öffentlichen Kundgebung als auch vor dem Bezirksparteitag Gelegenheit, seine Politik und die der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu verteidigen. Hinsichtlich des Volksbegehrens erklärte Braun, daß die preussische Regierung für die nächsten Landtagswahlen den Zeitpunkt bestimmen werde, der ihr als geeignet ersehe.

Auf dem Bezirksparteitag fand Braun besonderen Beifall mit

seiner Kennerung zur Taktik der Partei in der Rangertreuefrage. Die Sozialdemokratische Partei ist, so führte er aus, keine Gewissensgemeinschaft sondern eine Befreiungs- und Kampfgemeinschaft. — Wir treiben nicht Koalitionspolitik mit dem Zentrum, dem Zentrum zuliebe, sondern unter gemeinschaftlichen Arbeiten ist eine Volksgemeinschaft ohne weltanschauliche Bindung dem deutschen Volk zuliebe.

Schlägereien in Oldenburg.

Oldenburg, 27. April. (Gf.) Am Sonntag kam es in Oldenburg bei nationalsozialistischen Wahl Demonstrationen wiederholt zu blutigen Schlägereien zwischen Nazis und Andersdenkenden. Insgesamt waren etwa 20 Schmer- und Verletzter, fast ausschließlich Mitglieder proletarischer Jugendverbände zu verzeichnen. Gleichfalls wurden mehrere Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei durch die Nationalsozialisten provoziert. Republikaner Front machte.

Bürgermeisterwahl in Stuttgart.

Landenschlager wiedergemittelt.

Stuttgart, 27. April. (Gf.) Aus der Oberbürgermeisterwahl ging der bisherige Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager mit 161.334 Stimmen als Sieger hervor. Auf den Kandidaten der Nationalsozialisten entfielen 24.247 Stimmen. Die Nazis verloren im Vergleich zum 14. September 3444, die Kommunisten 13.949 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 63,8 Prozent.

Der Stimmenerwartung der Nationalsozialisten war zu verzeichnen, trotzdem die Nationalsozialistische Parteileitung am Samstagabend, als am Tage vor der Wahl das Freigestrichen Hitler-Strasser und Freid als Redner aufgetreten hat.

Einig und gerüstet.

Der der Sozialdemokratie Spaltungserscheinungen andichtet, befindet sich in einem verhängnisvollen Irrtum. In ihren Zielen und in der Taktik ist sich die Sozialdemokratie im wesentlichen einig. Das geht insbesondere auch daraus hervor, daß der gestern in Magdeburg tagende Bezirksparteitag die Entschließung, welche von der Gesamtfraktion in allen Fällen Disziplin verlangt, und das Verhalten der neun Genossen, die sich dem Parteibeschluß nicht fügten, auf das Entschiedenste beurteilt und alle Konsequenzen verhängt, nahezu einstimmig angenommen worden ist.

Es waren gestern in Magdeburg 115 hinherrschende Delegierte anwesend, von denen haben ganze drei gegen die scharfe Entschließung des Bezirksparteitages gestimmt. Man lese die in unfrem Bericht fest gedruckte Entschließung einmal genau durch. Dann wird man finden, daß gegen die neun Parteigenossen alle Maßnahmen gefordert werden, die das Organisationsstatut unserer Partei verlangt.

Es war eine der tiefsten Epochen der gestrigen Tagung, als die Genossin Heße-Ahlgörsteren auftrat und als Frau die Bitte aussprach, man möge den Disziplinbrecher der neun im Feldtage so milde wie nur irgend möglich behandeln. Man müßte doch immer berücksichtigen, daß die Annahme aller Konsequenzen, die das Organisationsstatut der Partei zuläßt, schließlich in einem Ausschluß aus der Partei enden könne. Eine große Zahl organisierter Sozialdemokraten, treuer Parteigenossen, läßen in dem Verhalten der neun Disziplinbrecher nichts unfürsorgliches, sondern sogar etwas Notwendiges. Die Maßnahmen, welche man dann anwenden würde, würden vor den Arbeitern, die gleichfalls dieser Überzeugung seien, als Schlag gegen sie selbst gemietet werden. Zweifellos ist die Handlung der neun zu beurteilen, denn Disziplin ist schließlich das Grundgesetz der Demokratie. Aber man möge nichts tun, was irgend wie hätten in sich schloße.

Diese Ausführungen waren die Stimmen einer Frau, die unstrittig allen Hörern ins Innere gedrungen ist. Wenn die Ansicht der Genossin Heße auch nicht richtig sein sollte, so zeigt sie doch die tiefen ethischen Werte, die in unserer Partei liegen. Gen. Hans Vogel vom Parteivorstand, der vorher ein ausgezeichnetes Referat von zwingender Logik gehalten und nachher auch die Argumente der beiden Genossen aus Kirchmöller und Debus arg zerprügelt hatte, verhielt sich auch nicht den Argumenten der Genossin Heße. Er sagte, daß keinesfalls beabsichtigt ist, in Leipzig einen einseitigen Bericht abzugeben. Man würde die Frage in parteigenössischer Sprache klären, könne aber nichts anderes tun, als bei aller Berücksichtigung menschlicher Motive doch die Interessen der Partei in den Vordergrund zu stellen. Sozialismus und Demokratie können nur dann politische Erfolge erringen, wenn die Minderheit sich nach dem Kampf der Mehrheit unterordnet.

Wie gesagt: mit 112 gegen 3 Stimmen wurde die scharfe Entschließung dennoch angenommen. Daraus mag man ersehen, daß der Wille unserer Parteigenossen ein einheitlicher ist, daß die Mäße auch hinter ihren Führern steht, daß sie politische Notwendigkeiten zu erkennen vermag und danach handelt. Dabei waren diejenigen, die über diese Frage abstimmen, nicht etwa „Bangen“. Zu mindestens drei Vierteln waren es Leute aus den Betrieben. Mit Recht wird es überaus erfreulich sein, daß es unfruchtbar ist, Gegenstände zwischen Führern und Massen zu konstruieren. Solche Gegenstände gäbe es nicht. Die Führer seien in den Lebensfragen der Partei vollständig einig mit den Massen. Ein „Führer, der nicht wüßte, wie es in den Betrieben aussieht, und nicht weiß, was die Massen der Arbeiterklasse denken und fühlen, ist überhaupt kein Führer und hat in der Partei keinen Platz.

Die Männer und Frauen, die gestern in Magdeburg verammelt waren, sind sich darüber vollkommen einig, daß es bei den Entschließungen der kommenden Zeit um mehr geht als um Rangertreue und ähnliche unvernünftige Dinge. Es geht um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung. Es geht, wie Gen. Vogel in seinem Referat unter allerliegender Zustimmung feststellte, darum, ob man den politischen Kampf der Zukunft mit den friedlichen Mitteln der Demokratie oder mit den menschenverderbenden des Bürgerkrieges führen will. Für uns Sozialdemokraten, so meinte Vogel sehr mit Recht, fällt es darauf an, die Kampfmethoden zu wählen, welche von unseren Anhängern die meisten Erfolge erfordern.

Es kommt aber darauf an, unter Umständen ausichtslosen Kämpfen auszuweichen. Diese Ansicht über die Strategie der Arbeiterbewegung hat nicht etwa irgend ein vernünftiger Sozialist zum Ausdruck gebracht, sondern Lenin. Die kommunistischen Kreise, die sich täglich in ihren Presseorganen heiser schreien, daß Kämpfe gleichviel, ob sie Aussicht auf Erfolg haben oder nicht, dennoch geführt werden müssen, sollten diese Lehre Lenins einmal selber beherzigen. Es scheint aber so zu sein, daß in der Partei Lenins diese Lehre ihres erten Theoretikers noch keinen Platz gefunden hat. In der Sozialdemokratie ist er vorhanden.

Die Auseinandersetzung mit den zwei Wortführern der Opposition war sehr lebhaft. Die Antwort ist und doch immer von kameradschaftlichem Geiste getragen. Wenn Gen. Vogel in seinem Schlußwort sich selber wegen seiner etwas heftigen Form entschuldigte, so geht daraus hervor, daß andere Ansichten in unserer Partei immer so gemüßigt werden, wie sie es verdienen. Jeder unserer Parteigenossen ist um die Arbeiterbewegung nach bestem Willen bemüht, die Kritik nur der Ausdruck der Liebe zur Partei. So ist auch die Meinungsäußerung der zwei Oppositionsredner von der gesamten Versammlung aufgefaßt worden. Man hat lebhaftig das

Empfinden, daß die große Sorge, mancher in der Partei würde diese oder jene Einschätzung nicht gleich verstehen, überleben ist. Der gestrige Parteitag war ein Zeichen hoher politischer Schulung unserer Funktionäre. Er zeigte auch, daß in unserer Milieuentwurf reges geistiges Leben pulsiert und gibt uns für die Zukunft den optimistischen Geist, dessen wir zur Erfüllung unserer Aufgaben bedürfen.

Das Wort Heinrich Heines, welches Vogel an den Schluß seiner ausgezeichneten Rede stellte, hat innere Berechtigung: Schwerkert und Flamme.

Und zu jedem Kampfsieger: Freundschaft!

Der „Sieg“.

5,83 Millionen Einzeigeln beim Begehren.

Der Stahlhelm hat die öffentliche Bekanntgabe der Ergebnisse des famosen Volksbegehrens zur Erhöhung der Wehrkraft am Tag zu Tag hinausgezogen. Die rechtsradikale Presse hat ihre Leser in den letzten Tagen vom Wagnis auf den Abend und vom Abend auf den Morgen vertriebt. Endlich ist es soweit. Man erfährt, das 5,83 Millionen Einzeigeln eingezogen wurde. Man hätte annehmen sollen, daß die Dienstleistung des Stahlhelms ihren Höhepunkt erreicht hätte, der Dienstleistung möglichst rasch, möglichst weitgehende Resultate mitzuteilen. Man hätte große Aufmunterungen aus den bisher bekannten Kreisen mit Vergleichsziffern geben können, um so einen Vorwärtsschritt auf das kommende Ende zu ermöglichen. Es ist dies ein Versehen, das jeder größeren Zeitungsgeneration, wenn sie das dem Stahlhelm zur Verfügung stehende Material erhalten hätte, innerlich sehr kurzer Zeit möglich gewesen wäre.

Statt dessen erfuhr man vom Stahlhelm in wesentlichen nur die Kennziffern aus dem Reichsanzeiger, die Presse und die Schichten, von der großartigsten Zerstörung geleitet hat, daß die Behauptung, daß mindestens sechs Millionen Einzeigeln eingezogen wurde, falsch sei. Inzwischen ist eine heisse Woche vergangen, und der Ton der rechtsradikalen Presse wurde immer lauter. Von 6 Millionen Einzeigeln ging man aus, ja die Münchener Hugenbergpresse kündigte bereits an, das 7 Millionen Einzeigeln eingezogen wurde. Nun endlich hört man das Resultat. Es sind weder 7, noch 6 Millionen, sondern nur 5,83 Millionen.

Man muß also den Schluß ziehen, daß die Stahlhelmsleitung fast bis zuletzt ganze Sorgen gehabt hat, ob sie nicht schon beim Volksbegehren hineingefallen sein würde und daß sie deshalb die Bekanntgabe soweit hinausgezögert hat. Das Ergebnis ist kläglich genug. Die sechs Parteien, die das Volksbegehren betreiben, haben noch nicht sechs Millionen Stimmen aufgebracht, 3,3 Millionen weniger als bei der Septemberwahl des Jahres 1930. Das ist nun das Ergebnis des großen Aufsturus auf Wehrkraft. Was und Krach sind sie über die für das Volksbegehren nötige Ziffer um rund eine halbe Million hinausgekommen. Dies Resultat haben sie erreicht ohne wesentliche Gegenwirkung mit dem unerwartetsten Fehler in den länderlichen Bezirken und mit einer verlogenen und gewissenlosen Agitation obnechtigen. Wirklich, das ist kein Sieg, es ist noch nicht einmal ein Erfolg. Gemessen an den Tönen, die die Herrschaften vorher und noch in den letzten Tagen angeklungen haben, ist es ein ekelhaftes Mißgeschick. Wegen 5,83 Millionen, die sich, zum Teil noch unter Zwang, für das Volksbegehren des rechten Flügel eingezogen haben, wackelt das demokratische Preußen noch lange nicht.

Die rechtsradikalen Herrschaften werden nun nach Ablauf der notwendigen Fristen zum Volksentscheid gehen müssen. Da können sie noch einmal eine Probe abgeben. Nur wird schon beim Volksentscheid der Fehler in den länderlichen Bezirken nicht mehr ganz so einfach sein.

Bei den kommenden Reichswahlen aber wird sich die Firma Stahlhelm und Kompanie sehr kräftig antizipieren müssen, wenn sie in Bezirken, wie sie mit großen Worten erdacht, ein rechtsradikales Regiment aufstellen will. Die 5,83 Millionen, die sie jetzt müssen, lassen von einer großen Volksbewegung nichts verpirken. Diese Ziffer ist gewissermaßen eine Normziffer, die diese sechs Parteien erreichen müssen. Daß sie nicht darüber hinauskommen sind, — das macht ihre moralische Niederlage aus!

Getreidezölle und Brotpreise.

Forderung der Konsumvereine.

Hamburg, 25. April. (Eig. Draht). Der Generat der Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine Hamburg, bestehend aus 170 Funktionären aus dem ganzen Reich, nahm eine Entscheidung zur Brotpreiserhöhung an, von der Reichsregierung wird mit nachfolgendem Telegramm in Kenntnis gesetzt: „Anfolge der anhaltenden Erhöhung der Preise für Weizen und Roggen ist die Brotverfertigung seit langer Zeit nur mit Verlust möglich. Eine Preiserhöhung für Brot ist im ganzen Reich unbedingt notwendig, wenn nicht sofort Herabsetzung der Zölle für Weizen und Roggen erfolgt. Der in Hamburg tagende Generat des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, bestehend aus 170 Funktionären aus dem ganzen Reich, hat die folgende Entschliessung einstimmig gefaßt:

Nach dem Vollerhebungsbescheid vom 28. März 1931 ist die Reichsregierung verpflichtet, eine Erhöhung der Brotpreise durch geeignete Maßnahmen zu verhindern. Anzuwenden ist jedoch eine weitere Erhöhung der Brotpreise einzustellen, die eine schwere Belastung der unter der Wirtschaftskrise leidenden unbemittelten Verbraucher bedeutet. Die an die Brotverfertiger gerichtete Forderung, die Brotpreise trotz der erneuten Erhöhung der Weizenpreise nicht zu erhöhen, ist eine große Unbilligkeit, die für die Brotverfertiger nur ein Mittel ist, sich vorübergehend nicht verantworten zu lassen. Die Reichsregierung kann die übernommenen Verpflichtung nur erfüllen, wenn sie durch eine ausreichende Ermäßigung der Zölle eine Senkung der Getreide- und Mehlpreise bewirkt und damit die Brotpreise zugunsten der Verbraucher beseitigt. Der Generat fordert dies von der Reichsregierung. Wir bitten dringend, sofortige Herabsetzung der Zölle für Weizen und Roggen zu veranlassen.“

Regierungs-Verhandlungen.

Am 24. April wird mitgeteilt: Das Reichskabinett setzte am Sonnabend unter Vorsitz des Reichsanwalts und in Anwesenheit des Reichsfinanzpräsidenten die Verhandlungen über das vorerwähnte Weizenprogramm fort. Zur Förderung kann den insbesondere die auf agrarpolitischen Gebieten stehenden Maßnahmen. Es ergab sich dabei die Notwendigkeit, Einzelheiten noch zunächst in Wehrkreisen der in Frage kommenden Ministerien zu klären. Auf Grund dieser Ergebnisse werden die Beratungen des Kabinetts in der nächsten Woche weitergeführt werden.

10 Jahre Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main.

Welche uralte, gestaltende Kraft der deutschen Arbeiterbewegung innerhalb, offenbar sich immer wieder auch in der nachvollziehbar Ausbreitung des Arbeiter-Bildungswesens.

Am 1. Mai 1921 kam die Akademie der Arbeit bereits auf eine zehnjährige, erfolgreiche Tätigkeit zurück. Sie wurde in den ersten Nachkriegsjahren unter schwierigen Verhältnissen, mit Hilfe des preussischen Staates als eine Gründung der Gewerkschaften oder Richtungen ins Leben gerufen.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft hat sich nach der Staatsumwälzung im Jahre 1918 vor große, für sie völlig neue Aufgaben gestellt. Sie war berufen, in Zukunft postivo an der Neugestaltung des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens mitzuwirken. Eine der Voraussetzungen zur Lösung dieser Aufgabe war die Pflege intensiver, vertiefter Bildungsarbeit innerhalb der Arbeitervereine. Die Gewerkschaften ergriffen deshalb im Jahre 1921 gern die sich bietende Gelegenheit zur Gründung einer Arbeiter-Hochschule in der Universität Frankfurt/Main und gliederten damit den Arbeiterbildungsinstituten ein neues, wichtiges Institut an. Die Akademie der Arbeit ist bis heute die einzige Arbeiterbildungsinstitution in Deutschland, die bis zur Aufgabe gemacht hat, Männer und Frauen aus den Schichten der arbeitenden Bevölkerung zu verantwortlicher Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hochschulmäßig heranzubilden. Die besondere Stellung der Akademie wird dadurch gekennzeichnet, daß sie weder Partei- noch schichtfremd ist, aber auch eine sogenannte neutrale Bildung abgibt. Ihre spezifische Bildungsaufgabe ergibt sich aus der Mentalität der Arbeitnehmerschaft gegenüber den sozialen Wirklichkeiten und Problemen.

Dieser Besonderheit passen sich Methode und Lehrmethode an, indem sie weitgehend auf der Erfahrungswelt des Arbeitnehmers aufbauen. Zum Vortrag gelangen hauptsächlich: Wirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik, Recht (Arbeits-, Beamten-, Staatsrecht), Gesellschaftslehre, Staatslehre und Politik. Der grundlegenden Stoff wird ergänzt und veranschaulicht einerseits durch Spezialvorlesungen von Männern aus Wissenschaft und Praxis und andererseits durch Beschäftigten einschlägiger Industrie, öffentlicher, kommunaler und staatlicher Anstalten. Den Schlüssel des Anschauungsunterrichtes bildet in der Regel eine achtstündige Studienreise durch eines der besten Anschauungsgebiete. Der Vortragsstoff wird zum Teil in den Vorlesungen selbst, zum Teil in Arbeitsgemeinschaften und Seminaren diskutiert und geistig verarbeitet. Durch diese Methode wird der einzelne Schüler stärker als es in bloßen Vorlesungen möglich ist zur Mitarbeit herangezogen.

Die Hörschule der Akademie der Arbeit setzt sich zusammen aus

Nazis als Beamte unmöglich.

Der Preussische Disziplinargerichtshof

hat den Reichstagsabgeordneten und Regierungsinспектор Haffe von der Regierung in Stade wegen seiner Beizügung für die Nationalsozialistische Partei mit Dienstentlassung ohne Pension bestraft.

An der Urteilsgründung heißt es u. a.: Wenn ein Beamter sich für eine Partei erklärt, welche den Umsturz der bestehenden Staatsordnung im Wege der Gewalt beabsichtigt, so verliert er hierdurch gegen seine durch die Anstellung begründete Treuepflicht dem Staat gegenüber und bezieht somit ein Dienstverhältnis.

Das Gericht hat eingehend die Frage untersucht, ob die NSDAP den gewaltsamen Umsturz ertreibt und dabei den Eid Hitlers beim Illmer Reichstagswahlkampf in Weizsäcker unterwirft. Es heißt, daß der Eid Hitlers vor dem Reichstagswahlkampf die Legalitätsbestrebungen der NSDAP, sei, ebensowenig wie seinerzeit das Geheimwort des Parteiführers einen Schwur gegen den Reichspräsidenten vom Oktober 1923 gebildet habe. Wenn auch manche andere Führeräußerungen aus agitatorischen Gründen besonders scharf gehalten sei, so müßte auch unter Berücksichtigung dieses Umstandes festgestellt werden, daß die NSDAP zu gegebener Zeit die Errichtung einer diktatorischen Diktatur durch gewaltsamen Umsturz zu erreichen suche. Im den Worten für ihre Befreiung vorzubereiten, rufe die NSDAP, in der Bevölkerung den Geist der Auflehnung oder der Neigung zu Gewalttätigkeiten hervor, führe die Partei den Kampf gegen die verfassungsmäßig bestehende Staatsordnung in den erbittertesten Formen der Beschimpfung und Verleumdung.

Besonderen Wert legt der Disziplinargerichtshof dem Organisationsystem der Nationalsozialisten zu. Dieses lenne keine passiven Mitglieder, sondern verlange leistungsgemäß von jedem Angehörigen „alle Parteiarbeit zu erledigen, die notwendig ist“. An einer solchen Organisation könne aber ein Regierungsbeamter nicht teilnehmen.

Es liege jedenfalls ein Verstoß gegen das Preussische Disziplinargesetz vor. Der Verstoß liege so schwerwiegend, daß der Beamte mit Dienstentlassung zu bestrafen sei, und es könne ihm auch nicht, wie dies in erster Instanz geschehen war, ein Teil seiner Pension befallen werden.

Die Rebellion gegen Hitler.

Stennes hat wieder Geld.

Am Hamburger Hitler-Lager ist ein großer Streik im Gange. Eine 15 Prozent aller SA-Mitglieder haben Hitler bisher die Gefolgschaft gekündigt. Die SA ist die SA-Führer Ehm und Böhmig gruppierenden Gegner Hitlers beabsichtigt — wie es heißt — bereits für die nächste Zeit größere Aktionen gegen den Münchener Parteipalast.

„Auf dem Boden der Verhältnisse.“

Madrid, 25. April. (Eig. Draht). Der Reichsführer des spanischen Diktators Primo de Rivera in dem Amt des Militärpräsidenten, General Berenguer, und sein ebenfalls der Arme angehörender Bruder haben sich gestern in Paris verpflichtet, in Zukunft der Republik zu dienen und sie zu verteidigen. Eine ähnliche Erklärung hat der letzte Chef des kaiserlichen Militärkabinetts und ein anderer General abgegeben, der 1923 Mitglied des ersten Militärkabinetts war. Aus den Erklärungen ist zu schließen, daß sich die spanische Republik vom Tag zu Tag mehr festigt.

Arbeits-, Angestellten und Beamten, die entweder von den Arbeitnehmerschaften oder von einzelnen Schichten (Beamten, Main, Mainz, Kiel, Hamburg, Bremen) durchgeführt sind, befragt werden. Vorbereitung für die Teilnahme an den Begehren der Akademie ist eine gewisse Berufs- und Lebenserfahrung. Im eine Auswahl der Hörer nach dieser Richtung hin zu ermöglichen, geht jedem Begehren ein mehrmonatiger Fernunterricht mit drei abschließenden Prüfungsarbeiten voraus. Der Lehrgang selbst dauert jeweils vom 1. Oktober bis 30. Juni des folgenden Jahres. Da der Unterricht zugänglich ist und die ungeteilte Aufmerksamkeit der Hörer in Anspruch nimmt, ist eine berufliche Tätigkeit während dieser neun Monate ausgeschlossen. Aus diesem Grunde muß der notwendige Lebensunterhalt für die Dauer des Lehrganges sichergestellt werden. Das geschieht, indem die Gewerkschaften und die in Frage kommenden Städte die Mittel für die von ihnen delegierten Hörer aufbringen. Außerdem gewähren Länder und Provinzen, sowie der Verein der Freunde und Förderer der Akademie der Arbeit Stipendien an begabte, mittellose Arbeitnehmer, die die Akademie auf Vorschlag oder aus eigenem Antrieb befragen.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1921 haben 630 Hörer, darunter 25 Frauen, die Akademie durchlaufen. Von diesen 630 Hörern gehören 505 den in Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und im Völkerverbund zusammengeschlossenen freien Arbeiter- und Angestellten- sowie der Deutschen Arbeiterpartei angehörnden Begehren. 25 ihrer Mitglieder er die Akademie entfremdet. Eine berufliche Weiterbildung ergibt, daß die frei Berufenen mit 10 Teilnehmern vertreten sind; 144 Hörer waren Gewerkschaftsangehörige, 66 hatten ein Arbeitsverhältnis als Privat-, Gemeinde- od. Staatsangestellte, 25 waren Beamte und 94, also das Gros, kamen aus Fabrik und Werkstatt.

Aus dem Berengang der Hörer, nach Verlassen der Akademie, läßt sich der Erfolg der Schulungsarbeit bis zu einem gewissen Grade ablesen. Eine Umfrage hat ergeben, daß ein großer Teil derer, die die Akademie absolviert haben, in der Arbeiterbewegung unverantwortlicher Stelle und zwar als Redakteur, Arbeitersekretär oder leitender Angestellter tätig ist. Man weiß, daß der Akademie der Arbeit heute, zu ihrer zehnjährigen Feier noch Herzen wünschen, daß sie auf dem einschlagenden Wege fortfahren und ihren Zweck der modernen Arbeiterbildung nach besten Kräften weiter ausbauen möge.

Dant u. Anerkennung oder Gehört allen denen, die trotz großer Schwierigkeiten mit unermüdlicher Laistkraft und Opferwilligkeit dieses Werk der „Selbsthilfe der Arbeit“ geschaffen und erhalten haben.

Belgischer Protest gegen Rom.

Brüssel, 27. April. (Eig. Draht). Die Angelegenheit des in Italien verhafteten belgischen Gymnasialprofessors Moulin hält noch die Gemüter in Aufregung. In einer gewaltigen Demonstration von Angehörigen aller politischen Parteien Belgiens, in der für die sozialistische Partei Vandervelde Platz, wurde am Sonntag das Borgehen der Regierung in Rom gebrandmarkt und gefordert, daß R. nicht von einem schlichtförmigen Spezialgericht sondern nach den Grundsätzen einer zivilisierten Zivilis abgeurteilt werde.

Anzuweilen hat sich die belgische Regierung endlich öffentlich zur Angelegenheit geäußert. Der italienische Unterstaatssekretär des Äußeren hat in der Kammer eine Erklärung abgegeben, wonach die belgische Regierung sich in der Angelegenheit des belgischen Emigranten und in Italien wohnenden Personen verhalten habe. Am 25. März, sagte er, sei u. a. ein Brief des in Brüssel wohnenden italienischen Fliegens Rafanelli, der vor einigen Monaten antifaunistische Flugblätter über Mailand abwarf, an einen Italiener namens Fagnonelli gefunden worden, worin dieser aufgefordert wird, genaue Angaben über die Lage von bestimmten Kavernen, anderen öffentlichen Gebäuden und der Wohnung Rafanellis zu machen. Daraus will die belgische Regierung den Schluß ziehen, daß Moulin die Vorbereitung von Attentaten vermittelt habe. Außerdem liegt ihr bei dem Brief, daß Moulin die belgische Regierung die ihm obliegenden Pflichten als Beamter nicht erfüllt habe, vor der belgischen Regierung zu kompromittieren und seine Auslieferung zu erwirken.

Der „Peuple“ hat heute veröffentlicht, indem eine Aufsicht Rafanellis, in welcher dieser die Angaben der italienischen Regierung als erfolgt bezeichnet und die italienische Regierung auffordert, eine Photographie seines angeblichen Briefes an Fagnonelli zu veröffentlichen.

In Brüssel, wo man mit den Nachrichten und fälschungs-mitteln der belgischen Volkspresse (mancherlei erfahren hat, — man erinnere sich nur an die Epigonalen Manabace und Garibaldi — ist man keineswegs geneigt, den Angaben des italienischen Unterstaatssekretärs ohne weitere Gedanken zu lauschen. Die Sache kommt übrigens am Dienstag in der belgischen Kammer in Form einer Interpellation zur Sprache.

Die Opfer des Werkspions.

Frankfurt/Main, 25. April. (Eig. Draht). Der wegen Werkspionage bei der A. G. Farbenindustrie verhaftete Kommunist Dienstäsch hat inzwischen gegenüber dem Untersuchungsrichter die Namen von annähernd 25 Personen genannt, die ihm Zuträgerdienste geleistet haben und denen er Fabrikgeheimnisse erhalten hat, die er an den ebenfalls verhafteten Leiter der RSD, Abteilung Chemie, in Berlin weitergeleitet hat. Als der Untersuchungsrichter zur Verhaftung der von Dienstäsch genannten Komplotzen schreiten wollte, wurde festgestellt, daß der größte Teil dieser Zuträger fruchtlos ist. Es sind hauptsächlich Arbeiter und Angestellte aus Hocht, Frankfurt, Köln und aus dem Ruhrgebiet.

Der Staatsgerichtshof hat unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke den Antrag der preussischen Staatsanwaltschaft der Deutschen Sozialpartei, die zur Änderung des Grundvermögenssteuergesetzes erlassene Verordnung vom 30. Mai 1930 für verfassungswidrig zu erklären, zurückgewiesen. Der Staatsgerichtshof hat sich, in wesentlichen den von der preussischen Staatsregierung geltend gemachten Gesichtspunkten angeschlossen.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich. Die am Sonnabend veröffentlichte amtliche Statistik über die Arbeitslosigkeit in Frankreich weist im Vergleich zu der letzten Veröffentlichung eine leichte Besserung der Zahl der unterfertigen Arbeitslosen auf. Danach befreit sich die Zahl der Arbeitslosen nach dem Stande vom 18. April auf 50 587 gegenüber 51 804 in der Vormache. Daß die wirkliche Zahl der Arbeitslosen viel höher ist, beweist schon, daß in letzter Woche 70 589 Stellenangebote nicht befriedigt werden konnten.

Sonntag Nach. 12^{1/2} Uhr, bestirnt nach
 ihrem Leben meine liebe Frau, unsere
 gute Mutter, Großmutter u. Großmutter

Frau Luise Lohmann
 geb. Teutloff,
 im Alter von 81 Jahren.

Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen an
 Vaterlieb, den 27. April 1931.

Friedrich Lohmann
 Beerigung, Mittwochnach. 3^{1/2} Uhr,
 von der Friedhofstafel aus

Druckarbeiten jeder Art fertig preiswert
 „Halberstädter Tageblatt“

**Extra-Angebot
 in Arbeitsstiefeln**

Arbeitsstiefel in größter Auswahl
 Größe 40—46

Rekordpreise: **8.50 7.90 6.90 5.50**

Rein Rindleder-Schaft-Stiefel
 Größe 40—46 Rekordpreis: **13.90**

Schuh-Haus Blume
 Johanne Blume
 Martiniplan 12 Martiniplan 12

Stadt-Theater
 Montag, den 27. April, geschlossen.
 Dienstag, den 28. April, 20—22^{1/2} Uhr.
 Zum letzten Male!
Ende gut, alles gut
 Komödie von Shakespeare (0.50—3.00)

**Köstritzer
 Schwarzbier**



Jede junge Mutter

muß ganz besonders auf ihre Gesundheit
 bedacht sein, denn ihre Gesundheit ist
 zugleich die ihres Kindes. Das beste,
 vollständigste Köstritzer Schwarzbier,
 von achtzehn ärztlichen
 Autoritäten empfohlen, ist blutbildend
 und kräftigend und darum das beste
 und billigste Heilmittel zur Stärkung
 junger Mütter, es regt auch die Milch-
 secretion in hervorragender Weise an.

Das beste Köstritzer Schwarzbier ist zu beziehen durch
 die Generalvertretung: Biergroßhandlung Emmy
 Sürm, Darsleberstr. 6, Fernruf 349 — Ausbucht
 vom Fass im Spezialauschnitt. D. D. Hauptzwe 2

Anfangszeit
 8.30, 6.45
 u. 8.30
 Uhr

Heute
 zum letzten Male

Kammer-Lichtspiele

Fräulein Fährlich
 Todesfahrt der Blandinggruppe

Ab morgen
Dienstag bis nur Donnerstag

**DER KAMPF
 Des
 Donald
 Westhof**



Nach dem in „Das Berliner Magazin“
 erschienenen Roman von Felix Kleinböck,
 für den Film bearbeitet von Dr. Wundhausen

REGIE: DR. F. WUNDHAUSEN

IMRE RADAY · ERNA MORENA
 KARIN EVANS · NIKOLAI MALIKOFF ·
 OSKAR HOMOLKA · HERMANN VALLENTIN

In weiteren Programmen:
 Eine sensationelle u. abenteuerliche Angelegenheit

Der Kellnerkavalier
 D. L.-S.-Wochenschau Kulturschau

Anfangszeit:
 7^{1/2}, 7^{1/2} und
 9^{1/2} Uhr

Lichtspielhaus

Heute letztmals
 das Doppelprogramm
 Evelyn Holt in dem Tonfilm
 „Namenstheater“ / Charly Chaplin
 in „Der Pilger“

Ab morgen Dienstag bis nur Donnerstag
 Die neue UFA-Tonfilm-Operette mit
Lillian Harvey u. Willi Fritsch



ULIAN HARVEY
 WILLY FRITSCH

Es prickt in
 den Adern,
 wenn Lillian
 Harvey Augen
 und Beinen
 schmeißt,
 das Herz lacht
 im Lichte, wenn
 Willi Fritsch ein
 tolles „Ding
 dreht“, und der
 Humor triumphiert,
 wenn sich
 Ralph Arthur
 Roberts als
 Hausstarrn u.
 Heinz
 Rühmann als
 tollstiller Liebhaber
 sehen und
 hören lassen.

Weitere Mitwirkende:
Ralph Arthur Roberts der Komiker
 von besonderem Format
Heinz Rühmann der unvergessliche aus
 „Drei von der Tankstelle“
 Oskar Sims, Kurt Gerron, Marg. Koepcke,
 Paul Henckels, Gertrud Weile

Das Pariser Abenteuer einer stürmischen
 Liebe . . . Eine tolle Attacke auf das
 Herz einer schönen Frau mit allen er-
 laubten und unerlaubten Mitteln eines
 Drahtgläners: mit Mütze, Halstuch und
 Revolver, mit Frack und Zylinder und
 vor allem mit Frechheit und Schmeiß,
 das man aus der Spannung nicht heraus-
 kommt und sich königlich amüsiert!

Die entzückenden Schläger des Films:
 Kind, Dein Mund ist Musik.
 Eine Liebeslei so nebenbei
 Ich möchte Deine Carmen sein
 Ich hab mir meinen Körper schwarz bepinselt

In Begleitprogramm:
Wenn man ein Baby braucht
 Lustspiel
 Fox tönende Wochenschau Kulturschau
 Lustspiel
Ab Freitag
 Der vielbelächelte Bühnenschwank von
 Arnold und Bach
„Der wahre Jakob“
 Beachten Sie unsere weiteren Ankündigungen
 darüber!

Wernigerode

Bekanntmachung.
 Der Gehring Wetho zu Stolberg-Wernigerode hat
 das Recht als Eigentümer der Parzelle
 Kartenblatt 1, Nr. 697/23 die Fläche (Recht) = 41 am
 1, = 886/24 beim Schloße (Recht) = 351 am
 1, = 899/24 befristet (Recht) = 188 am
 der Gemarkung Jfenburg-Harz für sich in Anspruch
 genommen, trotzdem das Grundstück budungsfrei, d. h. im
 Grundbuch nicht eingetragen ist. Er ist nunmehr beabsichtigt,
 das budungsfreie Grundstück in das Grundbuch eintragen
 zu lassen. Zu diesem Zweck ist die Ausstellung eines
 Verfügungsbeschlusses beantragt.

Ich erlaube hiermit jenen öffentlich bekannt
 mit der Aufgabe, daß die Unterlagen hierzu in der Zeit
 vom 27. 4. bis 10. 5. 1931, im Gemeindevorstellungsbüro,
 Zimmer Nr. 4, öffentlich ausliegen und daß etwaige Ein-
 wendungen während dieser Zeit bei dem Unterzeichneten
 schriftlich oder mündlich zu Protokoll geltend zu machen sind.
 Jfenburg-Harz, den 26. April 1931.

Der kommissarische Gemeindevorsteher, Theofel.

**Biochemischer Verein
 für Wernigerode und Umgegend.**

Da wir dem Verein für Kunst und Wissenschaft
 den **Karlsruhsaal** am **Dienstag** überlassen
 haben, findet der

Vortrag
 der Frau Rektor Kohlhafe-Magdeburg
 bestimmt erst am **Donnerstag**, den
30. April 1931 im „Karlsruhsaal“ statt.
 Der Vorstand.

Osterwieck-Harz
 Kollegen und Kolleginnen! **Rüstet zur
 MAIFEIER**
 am **Freitag, den 1. Mai** im Gewerkschaftshaus
 „Ratsgarten“

Programm:
 9.30 Uhr: Abmarsch aller Schulkinder zu den Fuchs-
 höhlen, dortselbst Spiel und Tanz.
 13.30 Uhr: Antworten zum Demonstrations-Umzug im
 Ratsgarten.
 ab 16 Uhr: Instrumental- und Gesangs-Konzert im
 Ratsgarten.
 ab 20 Uhr: Fußball im Ratsgarten.

Festbeitrag 40 Pf. Erwerblose 20 Pf.
 Arbeiter, Angestellte und Beamte, sorgt dafür, daß die
 Maifeier eine machtvolle Kundgebung der arbeitenden
 Klasse wird.

Der Ortsausschuß der freien Gewerkschaften,
 jeder Art zu haben im
 Halberstädter Tageblatt.

**Tanz- und Tonfilmschläger
 bei Funk-Theis**

Autofahrten jetzt billiger
Paul Krift, Domplatz 1
 Tel. 2271

Sandgrube
 in nächster Nähe der Stadt und an gepflasterter
 Straße gelegen, mit 1400 qm, mit freistehendem Mann,
 der für selbständige machen möchte, unter günstigen
 Bedingungen **sofort zu verpachten.**
 Angebote unter C. 707 an die Geschäftsstelle
 dieser Zeitung erbeten.

Genosse!
 Hast Du schon unser
Parteiprogramm
 in Wort und Bild, zum Preise von **90 Pf.**
 B. Bestellungen nehmen alle Zeitungsboten entgegen

Jfenburg.
Bekanntmachung.
 Die Ortssitzung bleibt bis zum 5. Mai
 1931 geschlossen. Ein und Ausgehenden für die
 Gemeindefälle finden statt.
 Die Ortssitzung. Kade.

Ahrberg's

geräuch. fetter Speck Pfd. -.75
 Bauchspeck m. Kno. Pfd. -.80
 gek. Mettwurst . . . Pfd. -.80
 geräuch. Rotwurst Pfd. -.65
 Beutelwurst Pfd. -.60
 n. Ostfriesen Art.

Knoblauchwurst fehn. Pfd. 1.15
 Bauernmettwurst fehn. Pfd. 1.60
 a. reinem Schweinefleisch

grobe Mettwurst . . . Pfd. 1.60
 n. Allent. Art.
 a. reinem Schweinefleisch
 (Ochsenfleisch)

frische Leberwurst Pfd. 1.20

Wir schlachten nur inländische
 Schweine u. Großvieh von aus-
 gesuchter bester Qualität auf
 dem **Städt. Schlachthof**
Hannover

Filliale Burgstraße 12
 Tel. 2609 Tel. 2609

Kapitalien! Zur Deckung des Bedarfs
 an **Rauchwaren**
 empfiehlt sich
W. Steigerwald,
 Burgstraße 30.



Otto Gebühr

Das
Flötenkonzert
 von
SANSSOUCI
 und Beiprogramm
wird bis einschliesslich
Mittwoch
verlängert
 Täglich:
 2 geschlossene Vorstellungen
 Beginn 6 Uhr, Ende 8 Uhr
 Beginn 8^{1/2} Uhr, Ende 10^{1/2} Uhr

Schloß - Lichtspiele

Partei-Literatur jeder Art
 zu haben in der
Vollbuchhandlung Burgstraße 30

Osterwieck-Harz.
**Zentralverband der
 Arbeitsinvaliden**
 Am **Donnerstag**, den 30. April, abends 8 Uhr
 im Ratsgarten

großer Familienabend
 Erstmaliges Auftreten der bekannten und beliebten
 Künstlertruppe
Hoffmanns Rote Sänger aus Berlin
 Einen gausreichen Abend versprechend, ladet höflichst ein
Der Vorstand.

**Unter Kartoffel-
 Äder**
 in 1/2 Morgen, noch ab-
 gegeben Preis pro 1/2
 Morg. 22 Mt. Meldungen
 beim **Pförtner**,
 (Dehnes Fabrik).

Branne Chrom-Nappa
LEDER-JACKEN
 für Herren Mk. 40.
 für Damen Mk. 45.—
 Lederwarenfabrik Röber
 Halberstadt
 Querlinburgerstraße 98

Waldraugenblätter
 auf gelbem Samt.
 Günstigsten
 Colobium & Karpfenstein
 Markt - Halberstadt.

Nur gewinnen
 können Sie, wenn Ihre Anzüge, Kleider usw.
chemisch gereinigt
 werden bei
Svens Ruffner
Halberstadt **Sensruf 2083**
 Harsleberstr. 12 Holzmarkt 23
 Abholen und Zustellen kostenfrei

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 97

Montag, den 27. April 1931

6. Jahrgang

Bezirksparteitag für Sachsen-Anhalt in Magdeburg.

Zwei Jahre Parteiarbeit.

am Magdeburg, 26. April.

Im großen Saale der „Freundschaft“, der in den roten Farben des Sozialismus und des schwarz-rot-goldenen der Republik leuchtend geschmückt ist, lag wieder der Bezirksparteitag. Ueber dem Rednerpodium neigt sich eine gemaltete rote Fahne mit dem Parteiabzeichen. Punkt 9 1/2 Uhr eröffnet der Parteivorstand Gen. F. r. l. Magdeburg den Parteitag. Am Hintergrunde, dem Podium gegenüber, haben die Arbeitergenossen Aufstellung genommen. Ein Sprecher der Sängerkolonne der Begrüßung. Dann widmen sie den Delegierten einige Kampfrufe, die mit demselben Beifall aufgenommen werden. F. r. l. befragt das noch besonders. Mit ihrem „Genossen-Freundschaft“ antworten die Sängerkolonne.

Worte des Grußes und des Gedankens.

F. r. l. begrüßt dann die Delegierten und Gäste, insbesondere den Vertreter des Parteivorstandes Gen. Vogel, der nachher das politische Referat halten wird. Die gegenwärtige schwere Zeit der Krise stellt ungeheure schwere Anforderungen an die Partei und insbesondere deren Funktionäre. Großer Widerspruch aller Genossen, rassistische Arbeit oder Funktionäre wird uns über die Schwere der Zeit hinweghelfen und Nutzen bringen für die Sache der Arbeiter. Am 1. Juli d. Js. können wir im Bezirk ein Jubiläum feiern, denn es sind 25 Jahre verfloßen, seitdem die neue Organisation in Kraft trat. Es wären auch gerade 25 Jahre, seitdem August Fabian an der Spitze des Bezirks gestanden hätte. F. r. l. widmet dem verstorbenen Parteiführer einen ehrenvollen Nachruf. Die Anwesenden haben sich den Blüten erhoben. Auch unser alter treuer Parteiführer Aug. Herwig ligt nicht mehr an diesem Tische. Mit treuer Pflichterfüllung hat er 10 Jahre lang die Parteiführerschaft geführt, bis der Tod die letzte Rechnung gemacht hat. Dank und Anerkennung sollen wir den treuen Funktionären. Der schwerste Verlust, der die Gesamtpartei betroffen hat, war der Tod Hermann Müllers. Wenn wir uns heute mit den politischen Fragen beschäftigen, dann wird der Geist Hermann Müllers unter uns sein und in seinem Sinne wollen wir die Debatte führen. Außer diesen Genossen, die an sichbarer Stelle standen, haben wir seit dem letzten Bezirksparteitag in unserem Bezirk

950 neue Parteimitglieder durch den Tod verloren.

950 neue Parteimitglieder durch den Tod verloren. Vor allen von uns gegangenen Genossen lenken wir in Trauer das rote Banner, verweilen einen Augenblick an ihren Gräbern, um dann für die Ideale des Sozialismus weiter zu marschieren, vorwärts, vorwärts.

Dann tritt der Bezirks-Parteitag in seine Arbeiten ein. An der Spitze und im Mittelpunkt steht das Referat über

„Die Politik der Sozialdemokratie“.

Genosse Hans Vogel-Berlin.

Mitglied des Reichstages nimmt, um lebhaften Beifall begrüßt, das Wort und überträgt zunächst die Grüße des Parteivorstandes, der die Kräfte des Bezirks Magdeburg-Bistum mit besonderer Anerkennung beobachtet. Der Redner gibt dann ein Bild der politischen Lage und kennzeichnet den verstärkten Antagonismus unserer Gegner und den daraus folgenden Abwehrkampf unserer Partei. Er schildert die Ziele der Sozialdemokratie im Kampfe und die Motive unserer Fraktionspolitik, die aus der Not geboren sei. Wer diese Politik fraktionistisch ablehnt, muß sich darüber klar sein, daß dann nur eine Kontinenz besteht, nämlich die, den weiteren Kampf mit den Mitteln des Bürgerkrieges fortzuführen. Der Weg aber, den wir gehen wollen, auf dem Wege der Demokratie, ist der Weg der minderen Opfer an Gut und Blut. Der Redner schließt dann eingehend, was trotz des Widerstandes der Reaktion erhalten und neu erobert werden konnte. In Einheit und Geschlossenheit vorwärts auf dem Boden der Demokratie zum Sozialismus.

Das oft von Zustimmungstendungen unterstützte und mit großem Beifall aufgenommenes Referat bot eine solche Fülle von Material, daß die näheren Ausführungen des Genossen Vogel in ihrer Einzelheiten noch nachdragen werden.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes

eröffnet dann Gen. F. r. l. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht, der den Umfang der geleisteten Arbeit darstellt. Unsere Partei hat ein reiches Aufgabengebiet zu betreten. Die ungeheure Arbeit auf den verschiedenen Gebieten, die die Partei leistet, kann nur durch einen ausgezeichnet durchgebildeten, ständig in Schulung begriffenen Funktionärskörper geleistet werden, der pflichttreu und operativ unerschrocken seine schwere, oft undankbare Arbeit für die Partei leistet und sich bedenkenlos und unbefürchtet allen Angriffen der Gegner aussetzt.

Hohe Anforderungen werden an die Arbeitsträger jedes einzelnen Funktionärs gestellt. 14 bedoelte Sekretäre, 17 Vorstände von Unterbezirken, 423 Ortsvereinsvorsitzende und an die Tausende von Helferinnen, Kommunalvertreter, Vorstands- und Kommissionsmitglieder, Fraktionsvertreter, Agitatoren und im Dienste befreundeter sozialer und kultureller Organisationen stehende Genosseninnen und Genossen wirken für die Ziele der Partei im Bezirk Magdeburg-Anhalt.

Die Fülle von Organisationsarbeit, die seit dem letzten Bezirksparteitag geleistet ist, läßt sich gar nicht schildern. Einige Zahlen nur sollen beweisen, mit welcher Rührigkeit gearbeitet wurde, und welches starke Leben in der Partei pulsiert.

In 29 Bezirksvorstandssitzungen, 7 Bezirksauswahlsitzungen und 7 Sekretärkonferenzen wurde der Parteiarbeit Richtung und Ziel gegeben. In den 17 Unterbezirken der Partei fanden statt: 145 Vor-

standssitzungen, 286 Unterbezirkskonferenzen, 427 Arbeitsgebietskonferenzen, 75 Kommunalvorstellungen, 76 Funktionärskurse und 59 andere Konferenzen. Die Verlamplungstätigkeit in den 423 Ortsvereinen der Partei war sehr rege: 6264 Mitgliedereröffnungen und 2574 öffentliche Verlamplungen wurden abgehalten.

Die Werbearbeit war bewundernswürdig. Berge von Agitationsmaterial wurden auspeinigt an die Bevölkerung ausgegeben: unmaßiglich wurde für die Idee des Sozialismus geworben. 7608700 Broschüren wurden verbreitet.

Die Parteiorganisation ist bei auch, entgegen den Prophezeiungen der Gegner, ständig im Aufstieg begriffen. Es gibt keine Organisation in Deutschland, die so in aller Deutlichkeit ihre Verhältnisse zu jedermanns Einsicht darlegt wie die Sozialdemokratische Partei. Abermals hat die Partei in unserm Bezirk einen

erheblichen Zuwachs an Mitgliedern,

abermals eine beträchtliche Steigerung der Beitragsentnahmen zu verzeichnen. Sie ist jeder klar, was das in dieser für sichbaren Zeit der persönlichen und der Massennot bedeutet? Es ist eine deutliche Anerkennung der sozialdemokratischen Arbeit, der sozialdemokratischen Politik.

Der Bezirksverband zählt 54283 Mitglieder

(3771 Männer und 16512 Frauen). Das sind 3708 feste Parteimitglieder mehr als beim letzten Bezirksparteitag. Der Beitragsdurchschnitt pro Jahr und Mitglied ist 44,51. Das ist ein glänzendes Beispiel von Opferfreudigkeit und Treue. Die Beitragsliste für den 1929 zu 1930 zeigt der Not von 2370 291 auf 2437 672, die Beiträge an die Internationale von 170 070 auf 188 640 M. In den beiden Jahren kamen 61785 Beiträge mehr ein. Bei keiner politischen Organisation ist solche gesunde Entwidlung zu verzeichnen.

Die Frauenorganisation

hat ebenfalls beachtliche Fortschritte gemacht. Es sind 1028 Frauen für die Partei gewonnen worden. In 2208 von 429 Ortsvereinen sind Frauen in der Partei organisiert und in 260 Ortsvereinen arbeiten Genossinnen in den Vorständen mit. 156 besondere Frauengruppen bestehen jetzt im Bezirk. Neben den regelmäßigen Frauenausschüssen wurden 269 Frauenvereinigungen, 185 Frauenferienburden, 9 Unterbezirks-Frauentreffen und 4 Frauenvorstellungen abgehalten.

Die Arbeitervereinsarbeit

hat einen guten Aufstieg genommen; ihre regenreiche Tätigkeit findet in der Parteizentrale Bekundung und Anerkennung. Die Arbeit der 123 Ortsvereinsvereine der Arbeitervereinsarbeit ist in allen Zweigen der örtlichen Wohlfahrtsvereine umfangreich und vorbildlich.

Die Bildungsarbeit

im Bezirk ist eifrig betrieben worden: 22 örtliche Bildungsausschüsse bestehen und in 14 Orten sind die Arbeitervereine zu Kulturzentren zusammengeschlossen. Ferienkurse und Wochenendkurse haben zahlreich stattgefunden.

Die Sozialistische Arbeiterjugend

zählt 58 Ortsgruppen und leistet gute Erziehungsarbeit am Nachwuchs für die Partei, das emige Wirken der Kinderfreunde wird gleichfalls von der Parteigenossenschaft gewürdigt. Die Jungsozialisten hielten 260 Schulungen- und Bildungsveranstaltungen ab.

Die Kommunalpolitik

nimmt in der Arbeit der Partei einen breiten Raum ein; sie ist ein Hauptaufgabengebiet der Partei geworden, weil der Einfluß der Sozialdemokraten in Städten, Gemeinden und Kommunalverbänden stark zugenommen hat. Die Partei hat im Regierungsbezirk Magdeburg in 6 Kreisorten und 44 kreisangehörigen Städten 406 Stadträte und in 238 Landorten 1184 Gemeindevorsteher und 261 Schöffen; ferner stellt die Partei 113 Gemeindevorsteher, 91 unbesoldete Stadträte, 13 unbesoldete Gemeindevorsteher, 8 besoldete Stadträte und 16 Bürgermeister. In 14 Landorten hat die Sozialdemokratie 16 Landräte, 146 Kreisratsabgeordnete, 36 Kreisratsauswahlmitglieder und 67 Amtsvorsteher in zusammengestellten Amtsbezirken. Im Regierungsbezirk Magdeburg sind also rund 2300 Vertreter der Sozialdemokratie kommunalpolitisch tätig; mit den Vertretern in Anhalt steigt diese Zahl auf 2700.

In diesen Ziffern spiegelt sich das Resultat der aufopfernden Arbeit unserer Funktionäre, auf die sie stolz sein können und die uns ein Recht gibt, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Wie im ganzen Reich, so wir im Laufe der letzten zwei Jahre nicht weniger als

100 000 neue Mitglieder

neu gewonnen und damit die bisherige Millionenziffer weit überschritten haben, haben wir in unserm Bezirke an diesem Resultat einen guten Anteil. Wir sind die Massenpartei der Arbeiter und der Jugend. Es ist nicht wahr, daß wir die Partei aller Leute wären. Nicht nur die Ziffern beweisen das, sondern auch der Elan unserer Partei im Kampfe. Wir danken der Partei für die Heranziehung unserer Partei, aber die gegenwärtige Zeit gibt nicht weniger Beispiele für den Heroismus und die Aufopferung unserer Genossen. Was die Funktionäre unserer Partei freiwillig für die Partei leisten, verlangen wir von jedem Einzelnen und am meisten von unsern Führern. Alle Teile der Arbeiterbewegung haben in dieser Kameradschaft im Bezirk zusammengearbeitet an dem einen Ziel unserer großen Sache. So haben wir arbeiten. Niemals hatten immer weiter vorwärts! (Starker Beifall)

Nachdem F. r. l. noch kurz die vorliegenden Anträge befragt gegeben hatte, nahm in der

Aussprache

zunächst das Wort Wegener-Gardelogen, der feststellte, daß das Wahlresultat auf dem letzten Lande bei der Reichstagswahl bedeutend günstiger sei als in den Städten. Trotzdem sei in der Landagitation noch bedeutend mehr zu tun. Die Agitationschriften müßten besonders dem Verständnis des Landvolkes angepaßt sein. — Genossin Bolmann-Halberstadt begrüßt die Lande, daß eine besonders große Zahl von Frauen sich auf dem Bezirksparteitag befindet. Das sei ein Zeichen dafür, daß die Frauenbewegung markiert und auch die Gesamtparteiorganisation das Werten der Frauen anerkennt. Mit dem Genossen Vogel ist die Rednerin darin einig, daß die Nationalsozialisten freilich unsere Hauptgegner sind, aber auch die Kommunisten seien nicht zu unterschätzen, denn ihre Waffen seien nicht weniger vergiftet. Die Rednerin weist zum Verständnis der kommunistischen Agitation hin auf das fälschlich im Buchtreis erschienene Buch „Die Reise nach Luna“. Daraus könne man entnehmen, welche Ziele der Bolschewismus erstrebe und wie man manche Agitationsverfahren der Kommunisten zu bemerken habe. — Reichstagsabgeordneter Dr. Baade spricht für intensivere Agitation auf dem Lande. Der gegenwärtigen Seite ist leicht zu begegnen, wenn man dem Landvolke nur einmal mitteilt, was unter dem neuen Kurs für die Landwirtschaft getan wurde. Das ist mehr als jemals die Monarchie getan hat. Wenn die Sozialdemokratie nicht so intensiv für die Landwirtschaft eingetreten wäre, stünde es heute sehr schlecht um das Landvolk, wie Minister Dietrich erst vor einigen Tagen behauptet hat. — Müller-Rückmeyer findet in der Politik der Brüning-Regierung keine reifliche Verbesserung. Besonders durch die letzte Notverordnung sei unsere Partei ungemein geschädigt worden. Es war ganz gut, die demokratische Staatsform zu schützen, über dem Staat aber steht uns das Interesse der Arbeiterklasse. — Kiepla-Deffau spricht in ähnlichem Sinne wie der Vorredner. Die Entscheidung unserer Fraktion in der Banzerfreizeitfrage sei nicht richtig gewesen. — Reichstagsabgeordneter Seeger-Deffau meint, daß es über den mangelnden Zweck des Banzerfreizeiters überhaupt keine Meinungsverschiedenheit gibt. Darum handelt es sich auch gar nicht, sondern darum, ob wir um dieser absehbar nicht zu verbindlichen Maßnahmen die Geschäfte unserer Gegner besorgen müssen. Uns kommt es darauf an, unsere Organisationen über die Notzeit hinweg zu retten, damit sie nachher wieder schlagkräftig sind. — Rieple-Gardelogen spricht zur Frage der Jungsozialisten. Der wahre Sinn der jungsozialistischen Bewegung läge darin, eine im Interesse der Partei liegende Zusammenarbeit der jungen und der älteren Sozialdemokraten zu gewährleisten. Nebenfalls lehnten die Jungsozialisten unseres Bezirke die Quartierarbeiten in anderen Bezirken, welche die Parteileitung mit Recht zum Eingreifen veranlassen, ab. Wir wünschen ein fernschichtiges Zusammenarbeiten mit der Gesamtpartei. Wenn wir unsere besondere Aufgabe darin sehen, die Jugend zu erziehen, dann tun wir wohl Parteiarbeit im besten Sinne des Wortes. — Logi-Geopoldshaus unterbrecht die Ausführungen der Genossen Wegener und Baade über die Antragsfrage. Die Sozialdemokratie vermag dem Landvolk weit mehr praktische Hilfe zu leisten als die bürgerlichen Agrarparteien. Unser Agrarprogramm ist dazu ein gutes Mittel. — Genossin Heffe-Weselerleben übernimmt in der Banzerfreizeitfrage die Wortführung des Genossen Vogel über. Aber in den Sätzen mancher geplanter Arbeiter muß sich die Beurteilung politischer Maßnahmen oft anders als in geschulten Kreisen. Man möge auf dem Bezirksparteitag den Disziplinbruch der Reue möglichst milde behandeln. Zum Ausschluß der Partei ist dieser Disziplinbruch kein Anlaß. — Gieseler-Oranienbaum fordert schärferen Kampf gegen die Nationalsozialisten. In der Frage des Banzerfreizeiters sei die Entscheidung der Fraktion wohl die einzig mögliche. Wenn Parteigenossen zweifeln sagen, was sich dem Ziel der Vorzeitszeit an den Rechten der Arbeiterkraft geändert habe, dann müsse man doch sagen, daß diese Genossen die Verhältnisse der Vorzeitszeit nachschärflich nicht kennen. Es ist sehr nicht erreicht und in der Abwehr sehr nicht erhalten worden. Ueber die Erziehungsaufgaben der Partei solle man nicht gering denken.

Vertrauen für die Fraktion.

Mit allen gegen 3 Stimmen nahm der Parteitag folgende Entscheidung zur Parteileitung an:

„Der Bezirksparteitag für Magdeburg-Anhalt billigt die Haltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sie seit dem 14. September 1930 eingenommen hat. Die Partei wird von allen Seiten auf das Festigste angegriffen, weil es das Ziel der Gegner ist, die Sozialdemokratie aus ihren Positionen zu werfen. Die antiparlamentarischen Parteien glauben, daß sie nach dem 14. September die Republik bürzen und die Demokratie vernichten könnten. Die Sozialdemokratie hat diese Pläne verhindert. — Die Gegner werden weiter versuchen, die politischen und wirtschaftlichen Nöte des deutschen Volkes für ihre Agitation auszunutzen. In einer solchen Zeit muß selbstverständlich alles unterlassen werden, was die Politik der Gesamtpartei fördern könnte. Das Verhalten der 9 Fraktionsmitglieder, die sich durch ihre Abstimung im Reichstage gegen die Gesamtfraktion gestellt haben, läßt die Parteikräfte. Deshalb erwartet die Parteigenossenschaft des Bezirks Magdeburg-Anhalt vom Parteitag in Leipzig, daß er für die Zukunft eine Wertschätzung solcher Disziplinbrüche durch geeignete Maßnahmen verhindert.“

Rüfret zu Meißner 1931!

In ihren Schlafroeten

nehmen Feil und Vogel zu den Anregungen der Disziplinarener Stellung. Gen. B. geht für die Bewegung der Genossen Bollmann, daß man in dem Kampf gegen die Nationalisten nicht die Kommunisten vergessen darf. Wertvoll seien auch die Anregungen zur Agrarfrage im Sinne des Genossen Baabe, Wegener und Wolgast. Den Genossen aber, denen die Fraktionspolitik nicht gefällt, müsse er allerdings sagen, daß sie leider vorgehen hätten, andere Wege zu zeigen. Wer trittst, muß auch sagen können, wie man es besser machen kann. Mit solchen Gemeinplätzen, wie sie diese Redner zum Ausdruck brachten, sollte man in solcher Beratung nicht verfahren. Es kommt hier darauf an, alle Kräfte in der Partei anzupassen zum Wohl der Arbeiterfrage. Wir wollen alle Gedanken der Spaltung weit von uns weisen. Jetzt kommt es darauf an, die Massen zu höchster Aktivität und zur unerschütterlichen Einheit zu führen. (Stimmlicher Beifall.)

Gegen den Brotwucher

richtet sich folgende dem Genossen Dr. Saabe eingebrachte und einstimmig angenommene Entschliessung:

„Der Bezirksparlament lenkt die Aufmerksamkeit der Reichstagsfraktion auf die Tatsache, daß in Magdeburg ebenso wie in einer Reihe von anderen Städten eine Verteuerung des Brotpreises eingetreten ist. Die Brotverwertung steht im öffentlichen Widerspruch zu den politischen Bestrebungen, die die Reichstagsfraktion bei der Verabschiedung des letzten Sozialgesetzes abgeben hat. Sie steht auch im Widerspruch zu den klaren Bestimmungen des Gesetzes selbst, nach dem die Regierung verpflichtet ist, eine Brotpreisfestsetzung mit allen ihr zur Verfügung liegenden Mitteln zu verhindern. Der Bezirksparlament erklart daher die Reichstagsfraktion, ihren ganzen Einfluß anzubieten, damit die Erhöhung des Brotpreises umgehend wieder rückgängig gemacht wird und dem arbeitenden Volk eine Verteuerung ferngehalten wird, die angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit und angesichts des umfangreichen Wohn- und Gesundheitsbaus völlig untragbar ist.“

Für die Arbeiter der Zuckerindustrie

wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen?

„Der Bezirksparlament nimmt Kenntnis davon, daß auf Grund einer Verordnung vom 28. 3. 31 die Zucker-Industrie zu einer Zwangsorganisation zusammengeschlossen wird. Sie vermischt zunächst in der Verordnung die Voraussetzung zur Wahl einer Vertretung der Arbeiterfrage. Besonders aber wird vermehrt, die Vorschläge zur Entschliessung der durch Zusammenlegung von Betrieben gebildeten Arbeiterfrage, da für die Aktionäre der Betriebe gefordert ist, dadurch, daß sie entweder ihre Vertretungsmittel übertragen, oder ihre Aktien an die Arbeiterfrage übertragen, teilhaftig gemacht, daß dem von Verband der Zuckerarbeiter Deutschlands gestellten Antrag, daß die zur Entlassung kommenden Arbeiter genau so wie in der Zucker- und Rahn-Industrie entschädigt werden, entsprechen wird. Er ermahnt, daß die Reichstagsfraktion ein entsprechendes Gesetzentwurf einbringt.“

Gegen die Kleinstaaterei

wurde folgender Antrag einstimmig an den Leipziger Parteitag beschlossen:

„Um den Einheitsstaat Deutschlands durchzuführen, haben unsere Genossen in den Einzelstaaten, in denen die Partei allein oder mit Zustimmung anderer Parteien die entscheidende Mehrheit hat, entsprechende Anträge zu stellen und zu beschließen. Als ein Beispiel zum Einheitsstaat wird der Abschluß der Bänder an Preußen betrachtet, die territorial mit Preußen im Gemenge liegen und mit Preußen eine Einheitspolitik darstellen würden. Als Beispiel: Anhalt, Braunschweig, Mecklenburg ufm. Der Parteitag legt eine Kommission ein, die Richtlinien ausarbeitet. Diese Richtlinien sind für die betroffenen Parteigruppen bei ihren Entschliessungen bindend.“

Junge Kräfte heran!

Diesem Ziel dient folgende gegen wenige Stimmen angenommene Entschliessung:

„Die bevorstehenden schweren Kämpfe stellen an alle Funktionäre der Partei höchste Anforderungen. Deshalb sind bei Aufstellung des Wahlvorschlages für die gegenwärtigen und für kommende Jahre die Anforderungen mehr als bisher längere Parteimitglieder zu berücksichtigen. — In der Regel soll die Erreichung des 65. Jahres die Grenze für Aufstellung eines Kandidaten sein.“

Zur Jungsozialistenfrage

auf folgender Antrag des Bezirksvorstandes an den Reichsparteitag einstimmig angenommen:

„Die Vorgehensart auf der letzten Reichskonferenz der Jungsozialisten gelte als dem Bezirksparlament nicht, sich endgültig zur Jungsozialistenfrage zu äußern. Der Bezirksparlament überläßt dem Reichsparteitag in Leipzig die Entscheidung.“

Beitragsermäßigung nicht möglich.

Von den Ortsvereinen Reinsdorf, Haderburg und Weidenrothen war der Antrag gestellt, die Beiträge ermäßigen. Unter Berücksichtigung namentlich der Ausgehenden, welche der Parteiorganisation durch die Sterbefallunterstützung erwachsen, die im vergangenen Jahre nicht weniger als 30.000 M. ausmachten, und sich in Zukunft höchstwahrscheinlich noch wesentlich erhöhen werden, wurde der Antrag auf Herabsetzung der Beiträge einstimmig abgelehnt. Ein Antrag Alten, auch die Wohnrentenpreise der Parteipresse zu ermäßigen, wurde den zuständigen Kreiskommissionen überlassen.

Sonstige Anträge.

Zur Werbung auf dem Lande wurde ein Antrag Gardschens die Agitation intensiver zu betreiben, dem Bezirksvorstand und dem Parteivorstand überwiegen. Gleichfalls ein Antrag Vöhrer, Reichstags- und Landtagskandidaten mehr als bisher aus den Reihen der kleinen Landwirte zu nehmen. Zur Weinstammfrage wurde ein Beschluß gefaßt, der an die Beschlüsse von Riet erinnert und den parteigenösslichen Beamten empfiehlt, sich den auf freigeberwirtschaftlicher Grundlage beruhenden Beamtenorganisationen anzuschließen. Des weiteren wurde noch ein Antrag Stahfurt auf Vereinheitlichung des gesamten Sozialversicherungswesens der Reichstagsfraktion und dem Bundesvorstand des ADGB überwiegen.

Wahlen.

In den Bezirksvorstand

werden gewählt: Guitao Ferl, Magdeburg, Vorsitzender; Guitao Sant, Magdeburg, 2. Vorsitzender; Julius Koch, Magdeburg; Ernst Wittmann, Magdeburg; Friedrich Eitel, Magdeburg; Friedrich Büß, Schönebeck; Otto Siegmund, Gardschens; Paul Giesert, Dessau; Minna Bollmann, Halberstadt; Max Günther, Bernburg; Siegmund Crammner, Magdeburg; Marie Erning, Magdeburg und Werner Bruchstäbe, Magdeburg.

In den Agrarpolitischen Bezirksrat:

Willy Wegener, Gardschens; Vorsitzender Guitao Ferl, Magdeburg, als Vertreter des Bezirksvorstandes; Wilhelm Boigt, Leopoldsdorf;

Ernst Brandenburg, Magdeburg; Wilhelm Dohbertau, Magdeburg; Landwirt Reise, Cr. Mühlungen und Hermann Wöhning, Barbau.

In den Bezirksauschüß für Kommunalpolitik:

Ernst Wittmann, Magdeburg; Billa Bader, Magdeburg; Fritz Büß, Schönebeck; Ludwig Sinfel, Dessau; Will Rümbsch, Magdeburg; Regierungspräsident R. Weber, Magdeburg; Magnus Gotsch, Burg; Wilhelm Bog, Bernburg; Gustav Ferl, Magdeburg; Alfred Wüsterleben und Otto Körtling, Salsburg.

In den Bezirksbildungs-Auschüß:

Marie Erning, Magdeburg; Paul Wosfeld, Dessau; Siegmund Crammner, Magdeburg; C. R. Müller, Magdeburg und Will Büßberg, Magdeburg.

Der Bezirks-Auschüß für Arbeiter-Wohlfahrt

legt sich aus folgenden Genossen und Genossinnen zusammen: Marie Erning, Magdeburg; Meta Rusch, Stendal; Vertreter: Linda Meier, Stendal; Elise Günther, Gardschens; Vertreter: Genossin Wegener, Gardschens; August Vanginckel, Burg; Vertreter: Minna Meier, Burg; R. Kemmer, Reinsdorf; Genossin: Dr. Otto Wüsterleben, G. Wenig, Haderburg; Vertr.: Fr. Danste, Okerleben; Dr. Bollmann, Halberstadt; Vertr.: Dr. Wille, ebenda; R. Kirchoff, Bad Salzungen. Vertreter: Marie Gerhardt, Quebinburg; Helene Wosfeld, Dessau. Vertreter: Anna Richter, Dessau; Frieda Fiedler, Bernburg. Vertreter: Genossin Günther, Bernburg; Conc. Hartert, Magdeburg. Vertreter: Luise Bittorf, Magdeburg; Gustav Sant, Magdeburg.

Delegierte zum Reichsparteitag

sind die folgenden Genossen und Genossinnen: Otto Garz, Salzmedel; Fritz Müller, Stendal; August Vanginckel, Burg; Fritz Müller, Kirchnöbber, Franz Lange, Magdeburg; C. R. Müller, Magdeburg; Marie Wonne, Magdeburg; Will Rümbsch, Magdeburg; Fr. Eome, Reinsdorf; Ernst Schumacher, Haderburg; Fritz Schütte, Halberstadt; Wilhelm Peters, Magdeburg; Karl Koch, Wüsterleben; Luise Kelter, Alten; Kurt Wimmer, Dessau; Emil Brinmann, Hofslau; Helene Wosfeld, Dessau; Walter Schröder, Bernburg; und Anna Richter, Bernburg.

Zum Internationalen Kongreß in Wien

werden delegiert die Genossen Guitao Ferl, Magdeburg und Guitao Sant, Magdeburg. Die Delegierte der Frauen wird von der am Montag tagenden Parteikonferenz benannt.

Statutenänderung.

Mit der Parteimitgliedschaft ist seit einigen Jahren zugleich eine Sterbenunterstützung verbunden. Nach einer Mitgliedschaft von zwei Jahren wurde bisher ein Sterbegeld von 30 Mark gewährt. Der Höchstbetrag nach 25jähriger Mitgliedschaft (seit 1927) im Bezirk Magdeburg-Anhalt würde 120 Mark betragen. Wir haben in den letzten Jahren nicht weniger als 950 Parteimitglieder durch Tod verloren, wie Gen. Ferl in seinem Bericht weiter oben zum Ausdruck brachte. So wurden an Sterbenunterstützung im Jahre 1927 17 220 Mark ausgezahlt, 1928 19 163 Mark, 1929 25 737 Mark und 1930 30 119 Mark. Wenn man die bisherigen Sätze bestehen ließe so würde bei 55 000 Mitgliedern und 1 Prozent Sterbefällen im Jahre 1931 37 250 Mark, 1932 40 000 Mark, 1933 42 750 Mark, 1934 45 500 Mark, 1935 48 250 Mark und 1941 64 750 Mark zur Auszahlung kommen müssen. Das wäre ein Betrag, den die Bezirksorganisation ohne Schwächung ihrer finanziellen Ausgaben nicht tragen könnte. Und so wäre man genötigt, entweder die Beiträge zu erhöhen oder auch die Leistungen herabzusetzen. Deshalb hat sich der Parteitag einstimmig dafür erklärt, daß eine Herabsetzung der Sterbegeldsätze eintritt. Nach Paragraph 4 des Bezirksstatuts werden also ab 1. Juli 1931 die Sterbegeldsätze folgendermaßen festgelegt: nach 104 Beiträgen 30 Mark, nach 208 Beiträgen 35, nach 312 40, nach 416 45, nach 520 50, nach 624 55, nach 728 60, nach 832 65, nach 936 70, nach 1040 75, nach 1144 Beiträgen 80 Mark.

Der Gen. Werner Bruchstäbe, Jugendsekretär, der nach dem Abschied des Gen. Fernig vorläufig die Kassengeschäfte übernommen hat, erläuterte am Schluß des Parteitagestages diese wichtige Statutenänderung.

Damit waren die Arbeiten des Parteitag zum Ende. Gen. Ferl hielt zum Abschluß noch ein kräftiges

Schlussswort.

in welchem er darauf hinwies, daß auf dem Parteitag lebhaft Debatten geführt worden seien, die aber in kameradschaftlichem Sinne erledigt worden wären. Das Gesamtbild des Parteitag habe ergeben, daß unsere Organisation einig und geschlossen sei. In diesem Geiste würden wir auch mit Zuversicht den kommenden Kämpfen entgegengehen können.

Mit einem derartigen Beschluß endete die Sitzung, in das die Delegierten begeistert einstimmten, schloß um 16 Uhr die Tagung.

Am Montag tagt im gleichen Lokale die „Frauentagung“ unseres Bezirgs.



So ist die Zahl der Genossinnen gewachsen.

Und du? Bist du dabei? Hast du schon eine zweite Genossin gewonnen? Sorge mit dafür, daß wir bald eine viertel Million Frauen in der Sozialdemokratischen Partei sind!

WERNIGERODE

Wir hämmern...

Wir hämmern und schmieden,
Wir schmieden und nielen,
Wir säen und pflügen
Wir säen und pflügen —!
Der Rasi mag hegen,
Der Rasi mag schmieden,
Der Bürger mag schmieden,
Erst allem — wir säen
Die kommende Saat —!
Infern erste Tat
Ist der zweite Mann — Was da — Wir sind dran! —

Die Notwendigkeit der Konsumvereine.

Die tägliche Erfahrung bestätigt jedem Genossenschaftler die Notwendigkeit seiner Organisation. Immer wieder und immer deutlicher erkennt er, daß vernünftigerweise Leben den Zusammenfluß mit seinen Schicksalserfahrungen erfordert. Er weiß, daß nur durch gemeinsames Wirken und Schaffen kulturelle, wirtschaftliche und politische Ziele erreicht werden können. Diese Erkenntnis entspringt dem Urtrieb der Menschen zur Geseßlichkeit und Gemeinschaft.

Diesen Urtrieb haben die Menschen, solange die Geschichte uns von ihrem Leben Kunde gibt, beizugeht. Für den Zusammenfluß waren die verschiedensten Zwecke bestimmend, die sich mit der fortschreitenden Entwicklung von Kultur und Zivilisation ständig veränderten. Am deutlichsten und augenfälligsten tritt der Gemeinschaftsinstinkt in der Vereinigung der Menschen zu Völkern und Staaten hervor. Die Genossenschaft „Staat“ wird von niemand mehr geleugnet.

Aber auf dem Gebiete der Wirtschaft hat der menschliche Gemeinschaftsinstinkt verlagert. Was für die Erhaltung und Pflege von Volkstum und Sprache, für den Schutz des besetzten Landes, für weltanschauliche Betätigung früher selbstverständlich gewesen ist — der genossenschaftliche Zusammenfluß in Staat und Anlagengesellschaft — das haben die Menschen auf dem Gebiete der Wirtschaft abgelehnt. Hier ließen die egoistischen Triebe, hier galt die Regel vom Kampf aller gegen alle, hier bedurfte es keiner dem Staat gleichgeordneten Gemeinschaft, hier herrschte das Wort von der verabschiedeten Freiheit, die für die großen Massen der Völker Anreizpunkt bedeutete.

Diese Enttandlung zeigt, daß in der Art, wie die Menschen ihre Lebenszwecke zu erfüllen suchten, ein Widerspruch klopfte, der bis heute seine Lösung gefunden hat. Sie hat dazu geführt, daß man genossenschaftliche Gebildengänge nur insofern sinnvoll fand, als sie nicht in die Domäne des schrankenlosen Individualismus der kapitalistischen Wirtschaft übergriffen. Zwei Mächte traten gegeneinander in die Schranken: Staat und Wirtschaft. Dort, wo sie in der Erfüllung aller Lebenszwecke der Menschen versagten, hat sich die Genossenschaftsbewegung und insbesondere die Konsumvereine als sozusagen sinnvoll eingestellt. Die wirtschaftlichen Genossenschaften erfüllen damit eine Aufgabe, die ein krankenloser Individualismus der Gemeinschaft erfüllen kann. Sie sind der Wirtschaft „fiat“ derjenigen, die erkannt haben, daß der Weg der kapitalistischen Wirtschaft ein Irrweg war, und daß, wie überall, auch auf dem Gebiete der Wirtschaft gemeinsames Wirken und Schaffen Beständigkeit und Frieden geschaffte.

— Jungend heraus! Die Arbeiter-Jugend ruft die Jungen und Mädchen im Alter von 14—20 Jahren auf, um mit ihr für Jugendfreizeit und Jugendkraft zu kämpfen, indem sie eintreten in die Reihen der Roten Falken und der „Sozialistischen Arbeiterjugend“. Erscheint daher alle zu der morgigen, Dienstag, 20. Uhr, im Stadtjugenheim stattfindenden öffentlichen Jugendversammlung der S. A. J. Jugendgenossen Fritz Müller spricht über das Thema: „Warum Sozialistische Jugendbewegung?“ Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

Der Biologischer Verein für Wernigerode und Umgegend hält morgen abend im Saale des südlichen Kurparks einen Vortrag mit Frau Rektor Rohlfeld-Magdeburg über die lebenswichtige Bedeutung der Biologie für die Gesundheit der Frau ab.

— Heule 16. Erwerbslosenversammlung des Vereins für Kunst und Wissenschaft. Wie schon in der Musikstunde bekanntgegeben wurde, hat sich Mittelstufelreder Meyer für die heutige Vortragsstunde zur Verfügung gestellt. Sein Thema lautet: „Bedeutung der Geometrie“. Der Vortrag findet von 17.30—18.30 Uhr in der Aula der Mittelschule (am Döringplatz) statt.

— Kreisversammlung. Die nächste Kreisversammlung ist auf den 15. Mai 1931 festgesetzt und wird sich in den Hauspalastanlagen des Kreises und des Kreisratshauses, der Wohnräume der Jahresrechnungen und einiger weiterer Vorlagen beschäftigen.

— Die Elternratsmitglieder der Knaben-Vollschule werden zu einer Besprechung für Mittwoch, den 25. April, im „Monop“ eingeladen.

— Aufgehobene Polizeiverordnungen. Die bisher für den Kreis in Geltung gewesene Polizeiverordnung vom 7. Oktober 1910 über die Sperrung der Hauptstraßen für Kraftfahrzeuge ist aufgehoben. Die Hauptstraßen, von ihrem Eintritt in den Stadt am Ausgang Wernigerodes bis zur Signalhöhe (Bahnhof Dreimannshöhe), ist für die Benutzung mit Kraftfahrzeugen verboten. Ferner sind zum Befahren verboten die Straße im Thumturm zum Hofbottelmann bis zur Einmündung in die Straße Alenburg-Wiesenburg-Höhe, die letztere Straße vom Hotel Prinzess Alice bis zur Signalhöhe, dann die Straße von Alenburg nach dem Brandeburg und schließlich die Wiesenstraße vom Grenzwert Steinerne Renne bis zur Straße Alenburg-Wiesenburg-Höhe.

— Das Suchen von Hitzegewissen, das nach einer Polizeiverordnung vom 8. Mai 1911 verboten war, ist vom Landrat nach einem Beschluß vom 16. April 1931 aufgehoben. Auch die Verordnung vom 7. August 1924, wonach das Freiliegenlassen von Hundstücken in den Wäldungen und im städtischen Tiergarten verboten war, ist außer Kraft gesetzt worden. Wer sich über diese aufgehobenen Polizeiverordnungen näher unterrichten will, sehe sich die in der Stadt und Wernigerode aufgehängten amtlichen Bekanntmachungsstellen an.

Aus Halberstadt

— In der städtischen Debatte wurden in der Woche vom Montag den 20. bis einschließlich Samstag, den 25. April 1931 2493 Gehmündel, 423 Weibchen, 69 männl. Weibchen, 19 städtische Hitzegewissen, 999 Braufelder, zusammen 4008 Hitzegewissen abgetrieben.

— Die 3. Beitragsermäßigung der Barmer Erbschaftsteuern. Die 700 000 Reichsmark umfassende Barmer Erbschaftsteuern, in Auswirkung der Steuerordnung ihre Beiträge zum dritten Male geleistet. Die Gesamtermäßigung beträgt rund 8 Millionen Mark pro Jahr und wirkt sich in einzelnen Beitragssätzen bis zu 81,7 Prozent aus.

Dem unbekanntem Funktionär!

Das neue Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In diesen Tagen erscheint das Jahrbuch 1930 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegeben vom Parteivorstand. Zum fünfzehntenmal berichtet in dieser Form die politische Massenorganisation der deutschen Arbeiterklasse vor aller Öffentlichkeit über den Stand der Bewegung, über ihre finanziellen Verhältnisse, über die Entwicklung ihrer Einrichtungen, über ihre Teilnahme am öffentlichen Leben, über ihre Mitwirkung bei der Gestaltung des proletarischen Einzeldaseins. Das Jahrbuch gehört gewiß nicht zu den Schriften, die der Unterhaltung und der Kurzweil gewidmet sind, und auf den ersten Blick möchten die in ihm enthaltenen Berichte und Tabellen einen trockenen und sachlichen Eindruck erwecken. Aber lies dich in das Buch hinein und bald wirst sich auch dir diese scheinbare Sachlichkeit in einen Hymnus von fortwährender Gewalt wandeln. Es ist das Hohelied auf den unbekanntem Funktionär, das aus diesem Jahrbuch erklingt. Es ist die Anerkennung der Arbeit von Hunderttausenden Frauen und Männern, die hier Gestalt wird. Jener Arbeit, die von namenlosen, stets opferbereiten und nie ermüdenden Massen geleistet wird, niemals für die eigene Person, immer für das Ganze, für die Gemeinschaft. Was die Sozialdemokratische Partei wurde, was sie heute ist, das verdankt sie dem unbekanntem Funktionär.

dem zweiten Platz begnügen muß. Es folgen die Bezirke Dresden mit 55 692, Schleswig-Holstein mit 55 193, Franken mit 54 976, Magdeburg mit 54 293, Hannover mit 47 724, Thüringen mit 42 857, Leipzig mit 42 749, Breslau mit 41 701 Mitgliedern.

Alte und Junge brüderlich vereint!

Hat man uns nicht nachgesagt, unsere Partei sei überaltert, die Jugend finde nicht mehr den Weg zu uns? Hat man nicht behauptet, unsere Partei sei keine Arbeiterpartei mehr, die Mitglieder kämen vorwiegend aus gehobenen Berufsstellungen? Die Antwort darauf gibt eine Erhebung, die der Parteivorstand im vorigen Jahre vorgenommen hat. Hier ist das Ergebnis:

Die Erhebung erstreckte sich auf drei verschiedene Gruppen von Ortsvereinen. Sie wurden veranstaltet in 17 Ortsvereinen mit je 1000 und mehr Mitgliedern, in 133 Ortsvereinen mit je 100 bis 1000 Mitgliedern, in 238 Ortsvereinen mit bis zu je 100 Mitgliedern. Es sind also in 393 Ortsgruppen insgesamt 117 247 Mitglieder von der Erhebung erfaßt worden. Es stellte sich nun heraus, daß 59,48 Prozent der Mitglieder Arbeiter, 10,02 Prozent



Otto Wels spricht zur Jugend (»Roter Tag« in Görlitz)

Arbeit für das Volksganze

Im Deutschen Reichstag, in den Parlamenten der Länder, in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäten, überall sitzen die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, um die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen. So umfassend die Berichte des Jahrbuchs über die parlamentarische Tätigkeit der Partei ist, so können sie doch nur einen kleinen Ausschnitt daraus geben. Im vergangenen Jahre wurden als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei im Reich, in den Ländern und Gemeinden gezählt:

Reichstag	143
Landtag	519
Provinziallandtage	445
Kreistage	4 573
Stadtverordnete	8 924
Gemeindevertreter	38 892

Außerdem waren 870 Sozialdemokraten als Bürgermeister, 1261 als Gemeindevorsteher und 437 als Beigeordnete oder Stadträte tätig.

So erfreulich diese Zahlen an sich auch sind, so deutlich sie auch zeigen, wie stark der Einfluß der Arbeiterklasse auf das öffentliche Leben geworden ist, so müssen sie doch auch in ihrem Verhältnis zu den anderen Parteien gewürdigt werden. Und dann ergibt sich die Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei



Das neue Druckereigebäude in Nürnberg

100 000 neue Kämpfer!

Die Entwicklung seit 1929

Zunächst einige Zahlen: Anfang 1929 gab es in Deutschland 1 400 000 Erwerbslose. Anfang 1930 stieg ihre Zahl auf 2 763 000. Ende 1930 betrug sie 4 357 000. In dieser Zeit der schwersten wirtschaftlichen Bedrückung hat die Sozialdemokratische Partei ihren Mitgliederbestand nicht nur gehalten, sie konnte ihn sogar noch wesentlich erhöhen. Am 1. Januar 1929 waren 937 381 Männer und Frauen in der Sozialdemokratischen Partei organisiert, am 1. Januar 1930 war ihre Zahl auf 1 021 777 gestiegen, am 1. Januar 1931 stand sie auf 1 037 384, davon 809,106 Männer und 228 278 Frauen. Seit dem Bericht für den Magdeburger Parteitag vor 2 Jahren betrug also der Zugang an Mitgliedern 100 003, davon entfielen auf das Jahr der schwersten Wirtschaftskrise 15 607. Seit Anfang dieses Jahres ist unter der vom Parteivorsitzenden Otto Wels herausgegebenen Parole „Wo bleibt der zweite Mann?“ diese Zahl noch weiter gestiegen.

Die Sozialdemokratische Partei wächst in die Breite, sie geht aber auch in die Tiefe. Seit dem Magdeburger Parteitag sind 928 neue Ortsgruppen gebildet worden, ihre Zahl betrug Ende 1930 9844. An dieser Steigerung sind alle Bezirke des Reiches beteiligt, und als erfreuliches Zeichen für die Aktivität der Bewegung kann berichtet werden, daß der agrarische Bezirk Ostpreußen mit der Neugründung von 56 Organisationen an der Spitze steht. Der Größe nach kommt diesmal der Bezirk Berlin mit 76 896 Mitgliedern znerst; er hat Hamburg überholt, das früher die erste Stelle inne hatte und jetzt mit 74 482 sich mit

Angestellte sind. Rechnet man dazu noch 4,64 Prozent Invaliden und Kriegsbeschädigte, sowie 17,14 Prozent Hausfrauen, so entfällt nur noch ein Bruchteil von 8,72 Prozent auf andere Berufsgruppen. Unter ihnen sind dann noch 4,17 Gewerbetreibende und Landwirte und 3,7 Prozent Beamte; aber auch diese beiden Gruppen dürften wohl zum allergrößten Teil rein proletarische Kreise umfassen. Die Sozialdemokratische Partei ist und bleibt demnach die Partei des arbeitenden Volkes.

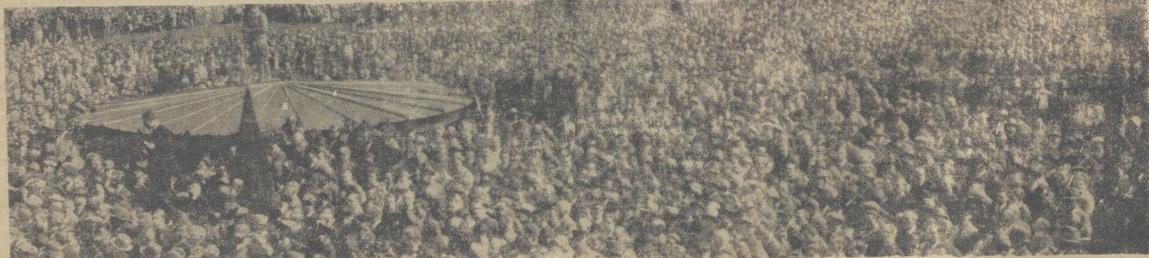
Und weiter: Im Alter bis zu 30 Jahren standen 18,16 Prozent, also fast der fünfte Teil der Mitgliedschaft. 26,47 Prozent der Mitglieder waren 30 bis 40 Jahre alt. Die Hälfte der Parteimitglieder sind also jüngere Leute. Man wird aber auch die ihnen folgenden Gruppen zwischen 40 und 50 Jahren, die 27,26 Prozent der Mitgliedschaft ausmachen, nicht als ein Zeichen der Ueberalterung der Partei ansehen können. Das Jahrbuch stellt fest: Die Partei ist jugendlich und kampfbereit.

Wir haben die Jugend, aber sind auch stolz auf unsere Alten! 20,6 Prozent der Mitglieder gehören der Partei schon mehr als 15 Jahre an. Sie sind der Kern der Bewegung, der in vielen Kämpfen erprobte Sturmtrupp des Proletariats. Die Alten und die Jungen, brüderlich vereint, sie schlagen die großen Schlachten im politischen Leben, sie kämpfen Mann gegen Mann um jeden Zoll des Weges, den die Arbeiterklasse zu ihrem Ziele gehen muß. Das sind jene Massen, von denen vor einigen Jahren der bolschewistische Führer Eugen Varga schrieb, daß sie „in einer fanatischen, um nicht zu sagen, fast bornierten Treue, zumeist durch alle Stürme hindurch, den Glauben an ihre Partei nicht verloren haben.“



Naturwissenschaftliche Studienreisen in Tirol veranstaltet vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit (Vortrag über Gebirgsbildung)

weder im Reichstag noch in den einzelnen Landtagen eine Mehrheit hat, und daß infolgedessen deren Entscheidungen in stärkerem Maße von den Vertretern der besitzenden Klassen als von denen des Proletariats beeinflusst werden. Dagegen hat die Sozialdemokratie in einer größeren Anzahl von Gemeinden bereits die Mehrheit errungen und hier kann sie dann, soweit es die Reichs- und Landesgesetze zulassen, ungehindert durch die Parteien des Besitzes ihre Arbeit für das Volksganze leisten.



Maifeierkundgebung der Berliner Gewerkschaften im Lustgarten

Genossenschaftliches

Die Geburtsstätte der Konsumvereine.

Der historische Laden der Redlichen Pioniere in der „Kreien“-Gasse in Rochdale, von der aus die internationale Konsumgenossenschaft ihren Ausgangspunkt nahm, ist von der britischen Genossenschaftsbewegung aufgetaut und seiner Bestimmung als Genossenschaftsmuseum übergeben worden. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Großhandelsvereine richteten bei dieser Gelegenheit ein Begrüßungsschreiben an die britischen Genossenschaftler, in dem es u. a. heißt: „Auf dem feinen und unscheinbaren Grundstein, den die Rochdale Weber legten, ist ein gewaltiges Wirtschaftsgelände entstanden, das den zusammengefloßenen Verbrauchern einen gewaltigen Nutzen bringt und den kommenden Geschlechtern zum Segen gereichen wird. Das Wesen und Wirken der Redlichen Pioniere von Rochdale ist in Wort und Schrift tausendfältig gewürdigt worden. Zur Millionen unbemittelter Verbraucher waren die Rochdale Erfolge ein Signal, das den Weg zu einer lichteren und froheren Zukunft weist. Die vor fast neun Jahrzehnten getragenen Grundzüge des Rochdale Genossenschaftswesens bilden auch heute noch die Leitsterne des erfolgreichen Wirkens der im Internationalen Genossenschaftsbund vereinigten Verbraucherorganisationen. Möge die Einweihung des Rochdale Genossenschaftsgebäudes ein Tag des erneuten Bestimmungssinnes zu dem bedeutsamen Wert der Redlichen Pioniere sein.“

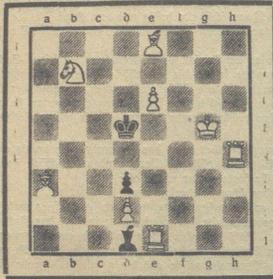


E. Heimer, Haspe.

„Arbeiter-Schachzeitung“ 1930. 2. Halbjahres-Turnier.

1. Preis.

Schwarz



Mat in 3 Zügen.

Lösung zur Aufgabe von A. W. Daniel aus der vorletzten Nummer.

1. Se6-d4! Droht 2. Dc5-e5! 2. ... De3-b5, 2. Sd4xDb5# 1. ... Dc5-e2, 2. Sd4xDe2# 1. ... Dc5x6, 2. Sd4xDe5# 1. ... Dc5xSd4, 2. Lx1xDd4# 1. ... Th4-f4, 2. Sg7-f5# 1. ... Kf6xSg7, 2. Dg3-e5# 1. ... Vorzüglicher Schlüsselzug! Feldgabe, Entfesselung der schwarzen Dame, Schachprovokation.

Turnier-Entscheidung.

2. Halbjahres-Turnier der „Arbeiter-Schachzeitung“ 1930. Zweizügler. 1. Preis: Rudolf Büchner, Erdmannsdorf (Sa.). 1. Ehr. Erwähnung: Heinrich Albertz, Schnepfenthal (Thür.). 2. Ehr. Erwähnung: W. Henke, Dresden. Dreizügler. 1. Preis: E. Heimer, Haspe. 1. Ehr. Erwähnung: M. Krüger, Rathenow. 2. Ehr. Erwähnung: Johanna Kotze, Wien. Selbstmatt. 1. Preis: Ewald Blume, Anderten. 1. Ehr. Erwähnung: Wilhelm Hagemann, Braunschweig. 2. Ehr. Erwähnung: R. Rupp, Dilsdorf.

Preisrichter waren in der Zwei- und Dreizügler-Abteilung W. Hagemann, Braunschweig, und in der Abteilung Selbstmatt H. Doormann, Altona, und W. Szamelet, Harburg-Wilhelmsburg. — R. B. —

Die starke Erregung zitterte noch jetzt in ihr nach, als sie daran dachte, mit welcher Brutalität die deutschen Unternehmertreue, von denen einige Vertreter anwesend waren, das brennendste Problem, die Arbeitslosenfrage, lösen wollten.

Das hatte sie so empfunden, daß sie scharf und aufliegend ihre Meinung vertrat.

Die Animosität der Anwesenden war ein bedauerndes Zeichen und — demonstrierendes Schweigen ...!

Nur einen Augenblick hatte sie sich verwundert umgesehen. Jetzt — jetzt mußte sie sich entschließen, entschieden für oder gegen ihre Gesellschaftsfrage ...!

Sie hatte sich dagegen entschieden ...!

Gang impulsiv war sie aufgestanden. Noch einmal wiederholte sie jetzt im Weitergehen die Worte, mit denen sie sich von ihrer Gesellschaftsfrage getrennt hatte.

„Auch nie ist mir so klar geworden, daß zwischen Ihnen und mir eine große Kluft besteht, eine Kluft, die nicht überbrückt werden kann. Ich kann nicht mehr mit Ihnen denken und darum auch nicht mehr in ihren Kreisen leben. Darum verlasse ich heute dieses Haus und damit zugleich auch Ihre Gesellschaft für immer ...!“

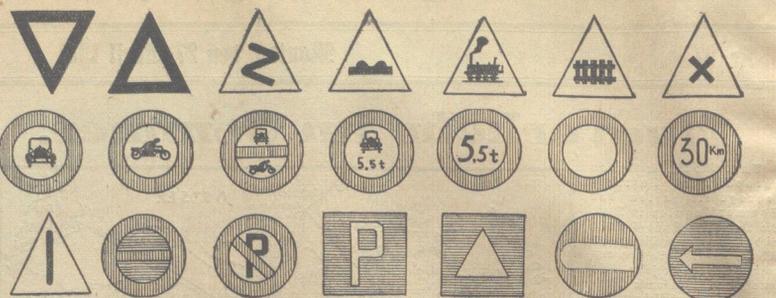
Dann war sie gegangen, gegangen mit dem festen Entschluß, nie mehr zurückzukehren zu diesen Menschen, bei denen sie sich nicht mehr wohlfühlen konnte und die ihr fremd geworden waren ...

Rüchig hörte sie hinter sich eilige Schritte. Sie ging ruhig weiter. Nach wenigen Augenblicken wurde sie von einem Herrn angegriffen. Trotz ihrer Abwehr ging er nicht von ihrer Seite. Sie wurde schließlich so zudringlich, daß sie ihn vor die Brust stieß. Da merkte sie, daß es Herr v. Treben war, ein Bekannter ihres Vaters und ein hochangesehener Mann der Stadt. Als auch er schließlich Dreifach erkannte, wurde er verlegen, stammelte Entschuldigungsworte und sah, keinem Menschen von diesem Vorfalle etwas mitzuteilen, — da sonst seine gesellschaftliche Stellung gefährdet sei.

Cläre lächelte hell auf, ließ ihn stehen und ging weiter. Sie hatte sich von diesem Vorfalle kaum erholt, da bemerkte sie, wie der Baron v. Treben, ein völlig veränderter Mensch, eilig der Wohnung der Gräfin v. Sainsberg zutrieb ...

Mit seltsamen Gedanken beschäftigt, legte sie ihren Weg fort. An einer Straßenecke hörte sie wütenden Lärm. Wo dem Hause, aus dem der Lärm drang, machte sie halt. Sie stand wie angewurzelt, denn solche Szenen hatte sie noch nie erlebt. Es war ihr lurchbar,

Die internationalen Verkehrszeichen.



Zeichenerklärung.

1. Reihe von links nach rechts: Der Fahrer muß die Vorfahrt lassen. — Daselbe Zeichen, zu verwenden, falls die atmosphärischen Verhältnisse die Anwendung eines ausgefüllten Vorfahrtsschildes nicht zulassen. — Einfahrt verboten. — Durchfahrtsverbot. — 5,5 t. — 5,5 t. — 30 km. — 2. Reihe von links nach rechts: Für Autos verboten. — Für Motorräder verboten. — Für alle Motorfahrzeuge verboten. — Verboten für Autos, die mehr als 5,5 to wiegen. — Gewichtsgrenze 5,5 to. — Für alle Fahrzeuge verboten. — Höchstgeschwindigkeit. — 3. Reihe von links nach rechts: Andere als die bei folgenden Tafeln bezeichneten Gefährten. — Halten verboten. — Barten verboten. — Barten gestattet. — Vorfahrt Hinweis auf die Benutzer der Straße, z. B. nahe einer Schule. — Verbotene Richtung bzw. verbotene Einfahrt. — Vorgeschriebene Richtung.

Vermischtes

Stahlhelmpuk im Badort.

Die Sommerferien naht heran und damit die Sorge der Badorte und Hotelbesitzer um das Geschäft. Die größte Sorge der Hotelbesitzer ist es, daß die regisrationalen Forderungen durch prozozierendes Ausreiten ihnen das Geschäft verderben könnten. So hat der Verein norddeutscher Hotelbesitzer in Slettin an der Stahelhelm, Landesverband Bommern-Grenzwart einen höflichen Brief gerichtet, in dem er bat, daß während der Saison in den Offseebädern, insbesondere der Inseln Ulsedom-Wollin öffentliche Umzüge unterbleiben. Der Stahlhelm hat dem Hotelbesitzerverein jedoch eine große Widrigkeit erteilt. Er hat ihn in seinen Antragschriften richtig militärisch angebeudet und hat ihm erklärt, daß er selbst mit an der Spitze steht, weil er sich nicht trügend genug für die Stahlhelmsituation gegen den Youngplan einsetzt habe. Im übrigen proklamiert der Stahlhelm in diesem Antwortschreiben die Provoaktion der Badegäste durch Stahlhelmaufmärsche und den schwarzweissen Flaggentzug in den Offseebädern.

Das kann heiter werden, und wenn der Stahlhelm seinen großen Reden Lachen folgen läßt, dann werden die Herren Hotelbesitzer in den Offseebädern genug Grund zur Klage bekommen. Denn selbstverständlich wird der größte Teil der Befugter sehr trügend gegen nationalfeindliche Provoaktionen protestieren und Konsequenzen ziehen.

Die Gefinnung im Handkoffer.

Es ist interessant, die Maßgebenden zu beobachten, wenn sie zur Hantentruerparlamentung marschieren. Da rücken sie an, zum Teil in der Stillenform, zum andern Teil aber wieder in Zivil, den bürgerlichen Suit auf dem Kopf und den Sakko oder den Leberzieher auf dem Weibe. So bleibt die gefinnungstüchtige Uniform? Die Zivilisten tragen jedoch zu einem großen Teil ein in Sympathie getaucht. Wozu wohl? Die Lösung des Rätsels ist sehr einfach. Am Handkoffer ist die braune Hülle, das Hülle und die Hantentruer. Mit einem Wort, die ganze Gefinnung eines modernen Hantentruerpaumes. Man geniert sich, die Gefinnung öffentlich inszenieren zu führen. Andererseits geniert man sich, als gewöhnlicher Zivilist unter gefinnungstüchtigen Uniformen in der Verammlung zu stehen. Man hilft sich mit dem Handtoffer und eine kleine Umkleidekabine verbindet das brave bürgerliche Kleutere in die uniformierte Gefinnungstüchtigkeit und wieder zurück. Ein Heil dem rotenben Handtoffer!

Marktberichte.

Berliner Getreidebörsen vom 25. April.

	24. April	25. April
ab märliche Station in Markt		
Weizen	287 - bis 288 -	287 - bis 288 -
Weggen	196 - bis 198 -	196 - bis 198 -
Wassergaite	116 -	116 -
Ruttler und Induktlergetrie	231 - bis 234 -	230 - bis 234 -
Galax	181 - bis 190 -	188 - bis 190 -
Weizenmehl	34,50 bis 40,50	34,50 bis 40,50
Woggenmehl	27,00 bis 29,25	27,00 bis 29,25
Weizenleite	14,00 bis 14,24	14,00 bis 14,25
Woggenleite	14,50 bis 14,75	14,00 bis 14,75

Buttermark. Offizielle Feststellung der Berliner Buttermarkierungskommission vom 25. April: 1. Sorte 125 Markt, 2. Sorte 117 Markt, 3. Sorte 108 Markt, je Zentner. Tendenz: ruhig. (Preise unverändert).



Reichsbanner Halberstadt. Alle Kameraden, welche an der Winterreise teilgenommen haben, werden ersucht, sich heute pünktlich um 20.30 Uhr im Juuendheim einzufinden. — 20. April 1931. Sämtliche Sportler sind um 18.30 Uhr auf dem Auer zum Trainieren.

Osterrück. Am Mittwoch, pünktlich 20.30 Uhr, treffen sich alle aktiven Kameraden im „Kaisergarten“. In dieser Zusammenkunft beschäftigen sich Kameraden mit Rachele und Lüttnerode. Niemand darf fehlen.

Schauen. Weil am 7. Juni in Dierstedt ein großes Sportfest stattfindet, ist das Reichsbanner-Kreisfest am Sonntag, den 31. März, verlegt. Alle Vereinnungen müssen diesen Tag frei halten.

Quecksilber. Unsere fällige Metallberverammlung findet am Mittwoch, den 30. April, 20 Uhr, im Gemeinderatsbaus statt. In Anbetracht der außerordentlichen Schärfe der Tagesordnung (beht am 10. März nach Halle), wird um reichliches Erscheinen gebeten.

Wintergerode. Das Jahrestreffen tritt Dienstag um 19 Uhr ab. Schließen und pünktlich an. Bekleidungs-Erörterungen sind erwünscht.

Amliche Wetternachrichten



ERKLÄRUNG: 0 = wollos, oberer = obelbedeckt, o = wollos, o = Regen, S = Schnee, — = Nebel, G = Gewitter, G = Regen, A = Frost, S = Sonne, — = meissig, — = bewölkt, — = stürmisch. Die Isolinien verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck (12. — 22) = SW stark, wolkig, Regen, 2 Grad Celsius.

Vorausichtliche Witterung bis 28. 4. abends.

Das weltliche Tief hat sich ein wenig ostwärts verlagert. Auf seiner Südseite sind jedoch mit lebhaften westlichen Winden maximale Luftmassen über West- nach Mitteldeutschland vorzudringen, die die Temperaturen allgemein wieder zum Sinken bringen. Auf dem Brocken, der zum Wochenende 7 Grad Wärme halte, ist das Thermometer bis auf 1 oder 2 Grad über Null zurückgefallen. Die merkwürdige Luft strömt in dieser Beziehung weiterhin in Mitteleuropa ein; da sie allmählich aus immer nördlicheren Breiten herantrommt, bringt sie einen langsam fortschreitenden Temperaturrückgang mit sich. Das Wetter meist weiterhin zur Schauerbildung. Ausnahmen: Bei lebhaften Winden aus Südwest ist Westwind etwas lebendige Bewölkung, Niederschläge in Southern. Temperatur etwas lebendige.

Ein Nacht im Gefängnis. Auf der Wache folgt von dem Vorfalle ein Protokoll aufgenommen werden. Der Nachhabe fragte Cläre nach Namen, Wohnort, Stand, Geburtsort und in letzterem, als ihre Lippen erschlossen blieben, nach ihrem — Kontrollbuch. Cläre blühte den Nachhabenden verständnislos an. „Wenn Sie Ihren Namen nicht legen oder ihr Kontrollbuch nicht vorzeigen, so müssen Sie wofür, was mir mit Ihnen machen! Dann müssen Sie die Nacht mit hierbleiben und morgen früh gehts vor die Gefinnungstüchtigkeit.“ (Fortsetzung folgt.)

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Abendpreis halbmontäglich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Erscheint halbwöchentlich freitags und am mittwoch, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H., Steinweg 11. Vertrieb: Kurt Wittenberg, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Helme u. Interzitat Karl Zeff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achteckige Kolonnette oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kolonnette 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 30, Magdeburg 4526 und Postfach 40 (Eisenach) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 97

Montag, den 27. April 1931

6. Jahrgang

Zum 1. Mai.

Ein harter Notwinter liegt hinter uns. Der Frühling zeigt nur geringe Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung.

Die Massennot der Millionen, die unfreiwillig ihre fleißigen Hände feiern lassen müssen, ist die furchtbarste Anklage, die je gegen die „Ordnung“ der kapitalistischen Gesellschaft gerichtet wurde. Das Schicksal der Erwerbslosen schreit geradezu nach Beseitigung der anarchischen Profitwirtschaft, nach Verkürzung der Arbeitszeit.

Jahrzehntlang haben wir am 1. Mai für den Achtstundentag demonstriert. Heute ist das kapitalistische System, das sich hartnäckig unseren Forderungen widersetzt, nicht mehr in stande, allen arbeitsbereiten Volksgenossen auch nur für acht Stunden Arbeit zu beschaffen.

Darum kämpfen wir jetzt für die

40-Stunden-Woche

Die wirtschaftlichen Organisationen des Kapitals und seine politischen Parteien setzen ihre Machtmittel ein, um jedem sozialistischen Werden den Weg zu veranlassen. Sie verdammten den demokratischen Staat, sie hassen seinen sozialen Ausbau.

Die reaktionären Kreise um Hugenberg und ihre Helfershelfer um Hitler wollen die Aufrichtung einer faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse. Der soziale Kurs soll abgebrochen, das arbeitende Volk wieder erniedrigt werden.

Die Sozialdemokratie, die national und international mit wachsendem Erfolg die faschistischen Mächte und Gefahren bekämpft, die der Republik Spanien ihre Glückwünsche übersandte und den Sturz der hakenkreuzerischen Herrschaft in Thüringen mit Genugtuung begrüßte, ruft zu neuen Kämpfen auf. Jeder denkende Arbeiter, Angestellte und Beamte muß sich in die Front der Sozialdemokratie einreihen:

Hereinfall

Der daneben gegangen

Donnerstag, 27. April. (E3). Der am Sonntag in Hippe durchgeführte Volksentscheid zur Auflösung des Landtages von Anhalt endete mit einer Niederlage der Nationalsozialisten und Rechtsparteien.

Um den Volksentscheid durchzuführen, war die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Wähler, das sind 54 000 Stimmen, erforderlich. Erreicht wurden nach den bisher vorliegenden Ergebnissen — die Ziffern aus einigen kleineren Dörfern fehlen noch aus — rund 28 000 Ja-Stimmen, während die dem Volksentscheid veranstaltenden sieben Parteien es bei den letzten Reichstagswahlen auf 46 500 Stimmen brachten. Im Nachhinein werden die für die Auflösung des Landtages einschläglichen, aber noch ausstehenden Ziffern rund 30 000 Ja-Stimmen erreichen, also 24 000 weniger als zum Erfolg notwendig waren und als seine Veranstalter erhofft hatten.

Es ist übrigens charakteristisch, daß bei dem Volksentscheid nicht einmal die zum Volksbegehren zur Auflösung des lippschen Landtages abgegebenen 38 000 Stimmen erreicht wurden.

Otto Braun zur Parteitaktik.

Auf dem ostpreussischen Bezirks-Parteitag.

Königsberg, 27. April. (E3). Anlässlich des Bezirksparteitages der ostpreussischen Sozialdemokratie wählte der preussische Ministerpräsident Braun in seinem ostpreussischen Wahlkreis. Er nahm insofern in einer öffentlichen Kundgebung als auch vor dem Bezirksparteitag Gelegenheit, seine Politik und die der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu verteidigen. Hinsichtlich des Volksbegehrens erklärte Braun, daß die preussische Regierung für die nächsten Landtagswahlen den Zeitpunkt bestimmen werde, der ihr als geeignet ersehe.

Auf dem Bezirksparteitag fand Braun besonderen Beifall mit

zum Kampf für die Erhaltung der Demokratie, für den sozialen Fortschritt zur Abwehr der faschistischen Machtbestrebungen und der vom Faschismus heraufbeschworenen Kriegsgefahren

Im Zeichen dieses Kampfes feiert das arbeitende Volk Deutschlands den 1. Mai 1931.

Die Massenbeteiligung aller Schaffenden an den Maifeiern bietet eine gute Gelegenheit neue Kämpfer zu werben unter der Parole:

Wo bleibt der zweite Mann?

In Stadt und Land, überall wo Maifeiern sich zusammenfinden, frage jeder seinen Nebenmann: Bist du Mitglied der Partei? Bist du Leser der Parteizeitung? Erfüllst du deine Pflicht als Arbeitsbruder?

Wir brauchen sie alle, die Klassengenossen, zum Kampf für Demokratie, Sozialismus und Weltfrieden!

Darum sei der 1. Mai 1931 nicht nur ein Tag der sozialdemokratischen Heerschau, er sei auch ein Tag der Rüstung für neue Aktionen gegen die reaktionären Volksfeinde und Volkverderber.

Genossen! Genossen! Sorgt dafür, daß der 1. Mai überall zu einer gewaltigen Kundgebung wird, daß ein noch stärkerer Kampfeswille die Reihen der Arbeiter besetzt, zur Ueberwindung aller reaktionären Gewalten.

Es lebe die Sozialistische Arbeiterinternationale!



Einig und gerüstet.

Der der Sozialdemokratie Spaltungsercheinungen andächtigt, befindet sich in einem verhängnisvollen Irrtum. In ihren Zielen und in der Lattik ist sich die Sozialdemokratie im wesentlichen einig. Das geht insbesondere auch daraus hervor, daß der gestern in Magdeburg tagende Bezirksparteitag die Entschließung, welche von der Gesamtkonferenz in allen Fällen Disziplin verlangt, und das Verhalten der neun Genossen, die sich dem Fraktionsbeschluss nicht fügten, auf das Entschiedenste verurteilt und alle Konsequenzen verlangt, nahezu einstimmig angenommen worden ist.

Es waren gestern in Magdeburg 115 stimmberechtigter Delegierte anwesend, von diesen haben ganze drei gegen die scharfe Entschließung des Bezirksparteitag gestimmt. Man lese die in unserm Bericht fest gedruckte Entschließung einmal genau durch. Dann wird man finden, daß gegen die neun Parteigenossen alle Maßnahmen gefordert werden, die das Organisationsstatut unserer Partei verlangt.

Es war eine der tiefsten Epochen der gestrigen Tagung, als die Genossin Heffner-Herleben auftrat und als Frau die Bitte aussprach, man möge den Disziplinbruch der neun im Rittesstages so mild wie nur irgend möglich betrachten. Man mußte doch immer berücksichtigen, daß die Anwendung aller Konsequenzen, die dem Organisationsstatut der Partei zulässig, schließlich in einem Ausschluß aus der Partei enden könne. Eine große Zahl organisierter Sozialdemokraten, treuer Parteigenossen, sahen in dem Verhalten der neun Disziplinbrecher nichts unfürsorgliches, sondern sogar etwas Notwendiges. Die Maßnahmen, welche man dann anwenden würde, würden vor den Arbeitern, die gleichfalls dieser Überzeugung seien, als Schläge gegen sie selbst gemietet werden. Zweifellos ist die Handlung der neun zu verurteilen, denn Disziplin ist schließlich das Grundgesetz der Demokratie. Aber man möge nichts tun, was irgendwem Schaden in sich schließt.

Diese Ausführungen waren die Stimmen einer Frau, die unsterklich allen Herzen ins Innere gedrungen ist. Wenn die Ansicht der Genossin Heffner nicht richtig sein sollte, so zeigt sie doch die tiefen ethischen Werte, die in unserer Partei liegen. Gen. Hans Vogel vom Parteivorstand, der vorher ein ausgezeichnetes Referat von zwingender Logik gehalten und nachher auch die Argumente der beiden Genossen aus Kirchmöller und Dehlan arg gepörschelt hatte, verließ sich auch nicht den Argumenten der Genossin Heffner. Er sagte, daß keinesfalls beschließbar ist, in Bezug etwa ein Schreiben abzugeben. Man würde die Frage in parteigegenständlichem Sinne fassen, könne aber nichts anderes tun, als bei aller Berücksichtigung menschlicher Mitleid die Interessen der Partei in den Vordergrund zu stellen. Sozialismus und Demokratie können nur dann politische Erfolge erringen, wenn die Widerheit sich nach dem Kampf der Mehrheit unterordnet.

Wie gesagt: mit 112 gegen 3 Stimmen wurde die scharfe Entschließung demnach angenommen. Daraus kann man ersehen, daß der Wille unserer Parteigenossen ein einheitlicher ist, daß die Majorität auch hinter ihren Führern steht, daß sie politische Notwendigkeiten zu erkennen vermag und danach handelt. Dabei waren diejenigen, die über diese Frage abstimmten, nicht etwa „Borngen“. Sie sind nicht drei Parteien gewesen es heute aus den Betreffenden. Wir Recht misst Gerhard Seger aus Dehlan deshalb auch darauf hin, daß es unfürsorglich sei, Gegenstände zwischen Führern und Massen zu kontrahieren. Solche Gegenstände gäbe es nicht. Die Führer seien in den Lebensfragen der Partei vollständig einig mit den Massen. Ein „Führer, der nicht wüßte, wie es in den Betrieben aussieht, und nicht weiß, was die Massen der Arbeiterschaft denken und fühlen, ist überhaupt kein Führer und hat in der Partei keinen Platz.

Die Männer und Frauen, die gestern in Magdeburg verammelt waren, sind sich darüber vollkommen einig, daß es bei den Entschließungen der kommenden Zeit um mehr geht als um Renegatentum und ähnliche unerfreuliche Dinge. Es geht um sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung. Es geht, wie Gen. Vogel in seinem Referat unter allerhöchster Zustimmung feststellte, darum, ob man den politischen Kampf der Zukunft mit den friedlichen Mitteln der Demokratie oder mit den menschenverderbenden des Bürgerkrieges führen will. Für uns Sozialdemokraten, so meinte Vogel sehr mit Recht, läßt es darauf an, die Kampfmittel zu wählen, welche von unsern Anhängern die wenigsten Opfer erfordern.

Es kommt aber darauf an, unter Umständen ausichtslos in den Kampf einzutreten. Diese Ansicht über die Strategie der Arbeiterbewegung hat nicht etwa irgend ein vornehmer Sozialist zum Ausdruck gebracht, sondern — Gen. Heffner. Die tonn mannlichen Kreise, die sich täglich in ihren Presseorganen befeuern, daß Kämpfe gleichviel, ob sie Aussicht auf Erfolg haben oder nicht, dennoch geführt werden müssen, sollten diese Lehre denn einmal selber beherzigen. Es scheint aber so zu sein, daß in der Partei die Lehre ihres ersten Theoretikers noch keinen Nationalgötzen hat. In der Sozialdemokratie ist er vorhanden.

Die Auseinandersetzung mit den zwei Wortführern der Opposition war sehr lebhaft, die Debatte scharf und doch immer von tonnredlichstem Geiste getragen. Wenn Gen. Vogel in seinem Schlusswort sich dafür wegen seiner etwas heftigen Form entschuldigte und bei diesem seinem bahnwärtigen Temperament zugute zu halten, so geht daraus hervor, daß andere Ansichten in unserer Partei immer so gemindert werden, wie sie es verdienen. Jeder unserer Parteigenossen ist um die Arbeiterbewegung nach bestem Willen bemüht, die Kritik nur der Ausdruck der Liebe zur Partei. So ist auch die Meinungsäußerung der zwei Oppositionsredner von der gelindesten Veranlassung aufgefaßt worden. Man hat lediglich das